

Annoucen - Bureau:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Streifand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreißigste Jahrgang.

Jahrgang.

Annoucen - Bureau:
In Berlin:
Rudolph Mose;
in Berlin:
A. Reimner, Schloßplatz
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Dach & Co.;
in Breslau: K. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Daube & Co.

14.

Dienstag, 18. Januar

1870.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen zu
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die fünfzeilige Zeile oder
deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher.
Sind an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. Januar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten kaiserlich russischen Offizieren Orden zu verleihen, und zwar: Den Rothen Adler-Orden I. Kl.: den General-Lieutenants und General-Adjutants Sr. M. des Kaisers, v. Drenteln und v. Potapoff; den Stern in Brillanten zum Rothen Adler-Orden II. Kl.: dem General-Major und General à la suite Sr. M. des Kaisers, Grafen v. Schwaaloff; den Rothen Adler-Orden II. Kl.: dem Obersten v. Erdert, Kommandeur des 86. Inf.-Regts. Willmannstrand; den Kronen-Orden II. Kl. mit dem Stern: dem General-Major und General à la suite Sr. M. des Kaisers, v. Kottbeck, dem General-Major v. Dschunkowskoj, Chef der Kanzlei Sr. K. S. des General-Inspektors der Kavallerie, und dem General-Major v. Müller, Kommandeur des Petersburger Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm III.; den Stern zum Kronen-Orden II. Kl.: dem General-Major v. Hall, Attache Sr. K. S. des Großfürsten Nikolaus; den Kronen-Orden II. Kl.: dem Obersten Zastrowitsch, Adjutanten Sr. K. S. des Großfürsten Nikolaus; sowie den Kronen-Orden III. Kl.: dem Rittmeister v. Thümen im Leib-Garde-Musik-Regiment, dem Garde-Kapitän Grafen v. Kleinmichel, Adjutanten Sr. K. S. des Großfürsten Nikolaus, und dem Major v. Kropioff, Adjutanten des Kommandirenden der Truppen im Wilnaer Militärbezirk.

Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geh. Justiz-Rath und Professor Dr. Blumme zu Bonn den Rothen Adler-Orden II. Kl. mit Eichenlaub; dem Landrath v. Dittfurth zu Bielefeld und dem Landrath a. D. Grafen v. d. Schulenburg auf Angern, Kr. Wolmirstedt, den Rothen Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife; dem Ritterschafst-Rendanten Solz zu Prenzlau den Rothen Adler-Orden IV. Kl.; dem Kaufmann und Zuckerhändler-Besitzer Humboldt zu Berlin den Kronen-Orden IV. Kl. zu verleihen; die Obergerichts-Räthe Dr. Köhler in Göttingen und Nolte und Rebe-Pflugstaedt in Celle, unter Beilegung des Titels „Kronanwalt“, mit dem Amte des Kronanwalts, und zwar den Dr. Köhler bei dem Obergerichte in Göttingen, den Dr. Nolte bei dem Obergerichte in Meppen und den Dr. Rebe-Pflugstaedt bei dem Obergerichte in Hannover zu beauftragen; den Staatsanwalt Daltze in Elbing zum Direktor des Kreisgerichts in Dramburg zu ernennen; und dem Kreis-Sekretär Apell zu Erfurt den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Die Entscheidung in Wien.

Wieder einmal steht Oesterreich am Schluß einer Entwicklungspforte, einer kurzen zwar, aber auch einer inhaltlosen, denn der Kaiserstaat ist durch dieselbe einer einheitlichen Gestaltung nicht um einen Schritt näher gebracht worden. Alle zum Theil durch den Grafen Beust geschaffenen Probleme, die das österreichische Ministerium im Jahre 1867 übernahm, sind ungelöst geblieben; alle Versuche, dieses vielgestaltige Nationalitäten-Konglomerat zu einigen, sind gescheitert; klaffender als je wachsen die Scheidewände empor, und an allen Ecken und Enden der Staatsmaschine knarrt und ächzt es, gleich als müßte der ganze Mechanismus im nächsten Augenblicke reitungslos auseinanderfallen.

Armes „glückliches“ Oesterreich! Nicht leicht ist von der Natur ein anderes Land reichlicher ausgestattet, nicht leicht von den Menschen ein anderes unglücklicher regiert worden. Mit welchen großen Tiraden führte sich nicht vor wenigen Jahren der kleine sächsische Staatsmann in Wien ein! Alles jauchzte ihm entgegen; nach dem Unglück von 1866 war Oesterreich wie ein jungfräulicher Boden, der verheißungsvoll der legendreichen Arbeit des Pflugs entgegenwartet.

Ein wahrhaft genialer Staatsmann hätte vielleicht diesen Boden fruchtbar machen können; Graf Beust hat es nicht vermocht, weil er nicht aus dem innern Drang seiner Fähigkeiten, nicht aus dem Wunsch, das schwankende österreichische Staatschiff zu retten, die Leitung der Geschäfte übernehmen, sondern als ein Glückritter, der seine unglücklichen Experimente im Kleinstaat nun auch am Großstaat im großen Styl versuchen wollte. Denn Graf Beust trägt die Schuld an der jetzigen österreichischen Krise. Mit der einzigen diplomatischen Kapazität, die er besaß, Alles hinzuhalten und zu verzögern, war er die unglücklichste Acquisitio, die Oesterreich machen konnte. Anstatt energisch irgend ein festes staatsmännisches Prinzip in den Verhältnissen des geprüften Kaiserstaats durchzuführen, lavirte er, heilte wie ein schlechter Arzt Symptome und vernachlässigte den Gesamtzustand, und so fraß der Krankheitsstoff innerlich ungehindert weiter, bis er sich in seiner ganzen Verderblichkeit an die Oberfläche durchbrach. Nun ist er da, und rathlos steht Oesterreich wieder vor der Entscheidung. Des Grafen Beust Tage aber sind gezählt, denn seine Gegner im Ministerium haben gestimmt; der Telegraph brachte die Mittheilung, daß die dissentirende Minorität des cisleithanischen Ministeriums entlassen sei, und nach dem Verlauf der Adreßdebatte ersetzt werden wird.

Wenn irgendwo, so konnte von diesem Ministerium gesagt werden, daß es ein „Zweifelwesen-Ministerium“ sei, denn schroffere Gegensätze konnten füglich nicht unter ein und derselben Firma zusammengeschweißt sein als hier. Mit Staunen erkennt man dies aus den beiden veröffentlichten Memoranden oder „Separatvoten“, in welchen die beiden Ministerfraktionen ihre Anschauungen niedergelegt haben.

Die entlassene Minorität, mit der übrigens Graf Beust einen innigen Rapport unterhielt, Graf Tassse, Dr. Berger und Graf Potocki, neigte zum Föderalismus; was sie zu Gunsten der Dezemberverfassung sagt, klingt wie facon de parler. Sie will um jeden Preis „ausgleichen“, sei es nun auf dem Boden der Verfassung oder außerhalb derselben; sie gesteht, im Augenblick nicht zu wissen, durch welche Mittel die polnischen Resolutionisten und die böhmischen Deklaranten zu beschwichtigen seien, doch hofft sie, daß nach Auflösung der Landtage und des Abgeordnetenhauses der Reichsrath Maßregeln finden werde, um eine allseitige Ausgleichung herzustellen. Das österreichische Herrenhaus hat bereits durch seine Annahme des Auerspergerschen Adreß-

entwurfs, welcher das Festhalten an der Verfassung „um jeden Preis“ verlangt, gezeigt, daß die Anschauung der Ministerminorität nicht die seine, nicht diejenige des intelligentesten Theiles der österreichischen Bevölkerung, der deutschen, sei.

Es hat vielmehr die Anschauungen der Ministermajorität adoptirt, und dasselbe wird voraussichtlich auch das Abgeordnetenhaus thun, welches ja schon den Adreßentwurf des Grafen Spiegel, weil er die Verfassung als änderungsbedürftig ansah, abgelehnt hat.

Die Majorität der Minister, welche nach der Entscheidung des Kaisers am Ruder bleibt, ist zentralistisch; sie will den Kampf für die Verfassung mit „Entschiedenheit und Besonnenheit“ fortführen und ihre Gegner „schrittweis und allmählig“ beugen. Sie betont die einheitliche Aktion der Regierung und will von einer Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Oesterreichs Nichts wissen. Dabei versteht sie nicht, „unter der Blume“ dem Reichskanzler einen empfindlichen Seitenhieb zu versetzen, indem sie von einer Prebagation spricht, welche die öffentliche Meinung verwirrt und an den Gedanken gewöhnt habe, „als widersehe sich ein Theil der Regierung halbtarrig jedem Versuch der Veröhnung“.

Man ersehnt aus diesen Memoranden, wie erbittert sich die Gegensätze innerhalb des Ministeriums gegenüberstanden; man begreift aber auch, warum unter solchen Umständen von dieser Regierung für Oesterreich kein Heil zu erwarten stand.

Positive Vorschläge — wer will sie in so verantwortungsschwerer Stunde riskiren? In einem Staate, der so leichtfertig bisher als bloßer Experimentierstoff behandelt worden ist? Auch die Minister wagen es nicht, weder diejenigen von der Minorität, noch die siegreiche Majorität. Wo der Boden unter den Füßen trostlos aufgelockert ist, zittert der Stab auch in der Hand des muthigsten Wanderers. Man mag leicht den fünf Ministern von der Majorität vorwerfen, daß sie mit allzu dogmatischer Gewissenhaftigkeit an dem Palladium der Verfassung sich festklammern; man mag ebensowenig den drei Ministern von der Minorität den Vorwurf ersparen, daß sie mit allzu williger Hingabe an die Deutschen Intentionen den Boden der Verfassung verlassen wollten, um ein neues Experiment an dem vielgeprüften Kaiserstaat zu versuchen — die Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage wird darum nicht geringer; salomonische Weisheit oder die Entschlossenheit eines Alexander gehört dazu, um diesen unheilvollen Knoten zu lösen.

Das eine Lob aber ist dem vielbelächelten „Doktorenministerium“ nicht vorzuenthalten, daß es offen und ehrlich sich zu seinem Programm bekennt, welches die Aufrechthaltung der Verfassung bezweckt, daß es eben so offen die Möglichkeit zugiebt, sein Streben sei vielleicht erfolglos, jedenfalls nicht für die nächste Zeit des Erfolges sicher. Von der abgetretenen Minorität aber muß man sagen, daß sie nur das Eine gewußt habe, sie wolle etwas Anderes, nicht aber, was sie wolle.

Wie aber nunmehr die Fünf mit dem Grafen Beust zusammenregieren sollen, das ist nach der Veröffentlichung der Memoranden ein Problem. Es liegt in dem Verbleiben des Reichskanzlers auf seinem Posten der Keim zu neuen Uebeln, denn Nichts kann Oesterreich noch tiefer in den Abgrund hinuntertreiben, als der Antagonismus in den leitenden Behörden. „Einheitliche Regierungskaktion“ — das ist die einzige relative Hoffnung, die dem Kaiserstaate übrig ist, aber auch sie schwindet, wenn Beust bleibt. Und hat er auch die Proterusgabe, sich zu modeln und umzuwandeln, wie es der Augenblick verlangt, so würde er doch, falls er jetzt den Centralisten zufiele, keine Garantien bieten können für die Bestrebungen der nach langem Zögern vom Kaiser wieder sanktionirten Ministermajorität.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Jan. Die vor einigen Tagen hier erschienene Broschüre: „Die Zukunftsparthei und die Aufgaben der preussischen Regierung und Gesetzgebung von Einem, der keiner der alten Parteien angehört“ (Berlin, Mitscher und Köstel) findet in politischen Kreisen eine gewisse Beachtung, namentlich deshalb, weil man aus der ganzen Richtung der Schrift auf den ungenannten Verfasser desselben schließen zu können glaubt. Was nämlich den Inhalt der Broschüre betrifft, so finden wir zunächst eine sehr scharfe Kritik der parlamentarischen Parteien, denen der Verfasser namentlich den Mangel eines klaren, konsequenten Programms vorwirft. Man kann indes nicht behaupten, daß das Programm, welches alsdann für die angebliche Partei der Zukunft entwickelt wird, in Bezug auf Klarheit und Konsequenz Größeres leistet, geschweige denn den Ansprüchen genügt, welche an die konstituirten Faktoren der Zukunftsparthei gestellt werden müssen. Soviel sich aus den ziemlich wirren Ideen erkennen läßt, ist darin nichts geboten, als ein Eingehen auf gewisse Postulate nicht des alten und befestigten, sondern des wankenden und ruinirten Grundbesitzes mit den ebenso unhaltbaren Vorschlägen einer gouvernementalen Arbeiter-Organisation nach den Phantasmen Lassalles und einiger in gleicher Richtung extravagirender konservativen Politiker. Auf Grund dieser Ideen ist man in Abgeordnetentreisen versucht, auf die Autorität des Abgeordneten Wagener zu schließen. Die Stellung, welche sein Organ, die „Zeidl. Kor.“ zu der Schrift einnimmt, dürfte zur Bestätigung dieser Vermuthung beitragen. Wenn man übrigens erfährt, daß der Vorstand des Abgeordnetenhauses beabsichtigt, dem „nie anwesenden“ Mitgliede des Hauses die Diäten zu

entziehen, so wird man in der vorliegenden Broschüre die Hand der Nemesis erkennen, die schon im Voraus für jene Gewaltmaßregel durch eine herbe Kritik der bestehenden Parteien Revanche geübt hat. — Für die durch den Tod des Geh. Kabinetssraths v. Mühlner erledigte Stellung werden schon jetzt, jedenfalls verfrüht, entschiedene Kandidaten genannt. Die meiste Aussicht dürfte wohl der Geh. Oberfinanzrath v. Wilnowski haben, der ja auch schon bei der Vertretung des Verstorbenen mitgewirkt hat. Was die Kandidatur des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths Wehrmann betrifft, so ist derselbe allerdings eine persona grata bei Hofe, und stände danach seiner Ernennung nichts im Wege, jedoch hört man, daß Herr Wehrmann selber nicht wünscht, seine Funktionen zu vertauschen, da er dem Range und der Stellung nach sich nicht verbessern, in Hinsicht der Dotation aber sogar verlieren würde. — Durch ein vertrauliches Schreiben des Präsidenten des Herrenhauses ist die nächste Sitzung dieses Hauses auf den 1. Februar in Aussicht genommen worden. Es ist also unrichtig, wenn verbreitet wird, das Herrenhaus werde schon in dieser Woche eine Sitzung abhalten. — Von Seiten des Handelsministeriums sind die durch das Gesetz vom 26. Nov. 1869 vorbehaltenen Geschäftsinstruktionen für die Aichämter und Aichinspektoren den Bezirks-Regierungen jetzt zugegangen und sollen ungefümt zur Anwendung gelangen. — Der Zusammentritt des Landes-Ökonomie-Kollegiums wird sich nach den bis jetzt getroffenen vorläufigen und allgemeinen Bestimmungen dem Kongresse norddeutscher Landwirthe anschließen. Hiernach würde die Einberufung für den 21. Februar in Aussicht stehen. Es würden also die Versammlung der Abgeordneten aller zum Norddeutschen Bundesgebiete gehörenden landwirtschaftlichen Zentralvereine, der landwirtschaftliche Kongress und das Landes-Ökonomie-Kollegium in ununterbrochener Reihe tagen.

○ Berlin, 17. Jan. Ganz abgesehen von der Kreisordnung steht dem Landtag durch die ihm noch obliegende Berathung der Justizgesetze noch ein erhebliches Stück Arbeit bevor. Es läßt sich nicht genau vorhersehen, wie lange die Berathung derselben, die am Donnerstag mit dem Hypothekengesetzentwurf ihren Anfang nimmt, das Abgeordnetenhaus in Anspruch nehmen wird, doch ist anzunehmen, daß selbst bei einem raschen Verlauf der Debatten, der allerdings wohl zu erwarten ist, die in Rede stehenden Gesetze nicht vor Anfang des nächsten Monats an das Herrenhaus gelangen werden. Letzterem ist nun in der That kaum zuzumuthen, daß dasselbe in diesem Fall wie bei dem Etatsgesetz verfähre, d. h. den ganzen Gegenstand im Handumdrehen erledige. Soll die ganze Berathung, zu der doch auch Berichterstattung der Kommission u. s. w. gehört, nicht leere Form bleiben, so muß dem Herrenhause nothwendig eine Zeit gestattet werden, wie sie nach parlamentarischer Gepflogenheit für die Berathung eines so wichtigen Gegenstandes mindestens erforderlich ist. Schon hieraus ergibt sich die Schwierigkeit, um Mitte Februar bereits den Schluß des Landtages herbeizuführen. Diese Schwierigkeit besteht ganz unabhängig von dem Schicksal der Kreisordnung und wenn die „Kreuzzeit.“ neuerlich meinte, daß die Entscheidung darüber, ob der Schluß oder die Vertagung des Landtags eintreten werde, lediglich von den weiteren Ergebnissen der hinsichtlich der Kreisordnung schwebenden Berathungen abhängig sei, so können wir diese Ansicht nicht als richtig anerkennen. Es kommt hinzu, daß man an derjenigen parlamentarischen Stelle, wo man über die Punkte am genauesten informiert zu sein pflegt, bestimmt wissen wollte, daß die Vertagung von der Regierung bereits beschlossen sei. — Bezüglich der preussisch-sächsischen Kontroverse über den Fall des Studenten Hefner ist zur Würdigung der Sachlage daran zu erinnern, daß sich zwei Ansichten resp. Auslegungen des Gesetzes über Rechts-hilfe hier entgegenstehen. Die eine — vertreten in diesem Fall durch den sächsischen Oberstaatsanwalt Schwarze — behauptet, daß die Gewährung der Rechts-hilfe nur von Bericht zu Bericht zu verstehen sei. In Uebereinstimmung hiermit hielt der sächsische Staatsanwalt sich dann auch für verpflichtet, die von dem hiesigen Stadtgericht an das sächsische Polizeiamt gerichtete Auslieferungsforderung an das leipziger Bezirksgericht als die zuständige Instanz abzugeben, worauf von diesem die Freilassung erfolgte. Die andere Auffassung vertritt z. B. Endemann in seinem Kommentar zu dem Gesetz über Rechts-hilfe. Sie geht dahin, daß derselbe sich auf ein Verhältniß von Staat zu Staat beziehe, daher Endemann auch annimmt, daß die Prävention schon begründet sei, wenn der Staat durch eines seiner Organe Hand auf das Objekt gelegt habe, wenn also z. B. eine polizeiliche Verhaftung des Angeklagten stattgefunden habe (wie bei Hefner), während nach der sächsischen Auffassung hierzu eine erfolgte gerichtliche Vernehmung erforderlich sein würde. Die Streitfrage ist eine offene. Nach unserer Auffassung spricht allerdings der Wortlaut des Gesetzes mehr für die sächsische Ansicht, als für die Endemanns. — Der Verlauf der Krankheit des Abg. v. Hennig rechtfertigt es leider, wenn ich von Anfang an der günstigen Auffassung, wie sie theilweise von anderen Seiten festgehalten wurde, nicht beigetreten bin. Sein Zustand hat sich jetzt wieder durch Hinzutritt eines starken Fiebers erheblich verschlimmert. Es sollte heute noch ein dritter Arzt hinzugezogen werden und ist der Familie bemerklich gemacht, daß sie sich auf alle Eventualitäten gefaßt halten müsse. Auch Zweckens Befinden ist leider durchaus nicht nach Wunsch. Derselbe hat einen Rückfall erlitten, der gleichfalls erste Be-

fürchtungen erregt. Schon seit 14 Tagen sehen ihn auch seine nächsten Freunde nicht mehr.

Berlin, 17. Jan. [Die Interpellation in der Waldenburger Angelegenheit. Das Zollparlament. Statistiker-Konferenz. Aylverein.] Die von dieser Stelle vor längerer Zeit gemachte Meldung, wonach die Waldenburger Angelegenheit den Gegenstand einer Besprechung im Abgeordnetenhause bilden würde, hat in weiterem Umfange ihre Bestätigung gefunden, als wir es selbst annehmen mochten. Es ist hauptsächlich lange darüber hin und hergeschwankt worden, ob man an die Interpellation über die Handhabung des Vereinsrechtes eine Besprechung knüpfen sollte oder nicht. Die Wünsche des Interpellanten und denjenigen Abgeordneten, welche theils den Waldenburger Bezirk vertreten, theils mit seinen Arbeiterverhältnissen genau betraut sind, wußten sich mehr Geltung zu verschaffen, als diejenigen, welche einer solchen Besprechung entgegen waren und den Besuch des Hauses seitens Sr. k. Hoheit des Kronprinzen zur Anbahnung der Debatte über die Kreisordnung veranlaßt hatten. Der Kronprinz erschien mit einem Adjutanten in der Hofloge. Auf der Diplomatentribüne befand sich der Berggrath Karsten, und in einem bescheidenen Eckchen der Abgeordnetenloge Herr Dr. Max Hirsch. Die Tribünen waren und blieben übrigens dicht besetzt, und auch der Kronprinz folgte mit sichtlichem Interesse der Verhandlung wohl 3 Stunden hindurch. Der Minister des Innern zeigte in seiner kurzen und energischen Erwiderung, in welchem Umfange sich die Debatten hätten bewegen sollen. Da man einmal die Besprechung des Ganzen wollte, so wäre es, da ohnehin kein praktisches Resultat der Debatte erzielt werden konnte, jedenfalls wirksamer gewesen, sich auf die Beleuchtung des von der Regierung eingenommenen Standpunktes und der nach dieser Richtung erübrigenden Wünsche beschränkt hätte, als daß man sich auf die Erörterung wirtschaftlicher Prinzipienfragen einließ. Den Reden der Abgg. Duncker und Schulze gegenüber gaben die Ausführungen der Abgg. Kent, Achenbach, Websky und Solger doch sehr interessante Einblicke in die wahre Lage der Dinge in Waldenburg. — Wir haben vor einiger Zeit an dieser Stelle der Gerüchte Erwähnung gethan, welche die mögliche Einberufung des Zollparlamentes in diesem Jahre in Aussicht stellten. Seitdem scheint man über die Einberufung an entscheidender Stelle schlüssig geworden zu sein, wie aus einem Artikel der „Kritik“ an hervorragender Stelle erhellt. Es steht diesen Angaben die Thatsache zur Seite, daß der Finanzminister Camphausen die Tarifreform ohne Petroleumsteuer nur unter weiterer Berücksichtigung der von liberaler Seite geäußerten Ansichten als einen Theil seiner Finanzreformpläne hier und da bezeichnet hat. Es ist daher wohl möglich, daß von dieser Seite die Einberufung des Zollparlamentes eine Befürwortung erfahren hat. Man darf freilich dann darauf begierig sein, in welcher Weise die Arbeitstheilung der 3 Parlamente arrangirt werden wird. — Die jetzt hier tagende Konferenz statistischer Autoritäten aus allen Gebieten des Zollvereins zur Herstellung von Reformen bei der Volkszählung nimmt einen durchaus erfreulichen Verlauf, der günstige Resultate erwarten läßt. Die Verhandlungen werden wohl noch 14 Tage in Anspruch nehmen. — Die Beschaffung von Mitteln für den hiesigen Aylverein für Obdachlose interessiert in seltlicher Weise die gesamte Bürgerschaft. Zu Anfang März soll in dem Festsaal des neuen Rathhauses ein Bazar zum Besten des Aylvereins eröffnet werden. Der Magistrat will das Unternehmen in jeder Weise begünstigen und die Beleuchtung des Saales freigeben.

Der „St.-Anz.“ veröffentlicht einen allerhöchsten Erlaß vom 22. Nov. 1869, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Graubenz nach Strasburg, im Regierungsbezirk Marienwerder, von den Kreisen Graubenz und Strasburg, und die Bestätigung der Beschlüsse des neunten Reichstages zum Statut der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahngesellschaft vom 3. Januar c.

In einer dresdener Korrespondenz der „Patrie“ wird erwähnt, daß die Entwaffnungsfrage in jüngster Zeit der Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Gliedern des Nordd. Bundes gebildet habe, wobei sich herausgestellt hätte, daß mit Ausnahme Preußens alle Bundesregierungen der Entwaffnung im Prinzip günstig seien. Diese Nachricht, welche sich einer

berliner Korrespondenz der „Köln. Z.“ zufolge als reine Erfindung herausgestellt hat, veranlaßt die „Nordd. Allg. Z.“ zu folgender Erklärung: Entwaffnung ist für den Norddeutschen Bund Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, und dies ist eine Unmöglichkeit. Daß jede Bestrebung, die auf Boderung der Einheit und auf Minderung der Wehrfähigkeit des Norddeutschen Bundes gerichtet ist, in den Organen der französischen Kriegspartei ihr Echo findet, ist stets als selbstverständlich vorauszusetzen. Sie hatten daher auch den Antrag des Abgeordneten May und Genossen in der sächsischen Kammer im November vorigen Jahres sehr beifällig aufgenommen. Die Forderung der Entwaffnung ist das Lieblingsthemata der Gegner Preußens im In- und Auslande, in den partikularistischen welfischen Organen ebenso wie in der bekannten hiesigen „Moskauer Z.“

Die „Nordd. Allg. Z.“ hätte diese gerechtfertigte Abweisung nicht mit der ungerechtfertigten Verächtlichmachung, daß die „Moskauer Zeitung“ ein hiesiger Organ sei, verquicken sollen, um die „Presse“, welche dem ersten Theil beistimmt, nicht vom Abdruck abzuhalten durch den Schluß. Es ist, mild ausgedrückt, leichtfertig, eine Verächtlichmachung zu wiederholen, welche von den Verächtlichten zurückgewiesen und von den Verächtlichenden in keiner Weise erwiesen werden kann. — Der Justizminister ist, wie die „Epen. Z.“ hört, vom Bundeskanzler um Ausarbeitung eines Gerichtsverfassungsgesetz-Entwurfs ersucht worden, welcher demnächst der Norddeutschen Zivilprozessordnungskommission zur Begutachtung vorgelegt werden soll. Auch der Entwurf eines Obligationenrechts soll im Justizministerium in der Vorbereitung begriffen sein. — Gegen den Reichstagsabgeordneten Fritz Wende wird am 31. d. M. vor der Appellkammer zu Düsseldorf in Sachen des Gladbacher Tumultes verhandelt werden.

Thorn, 14. Jan. Beide städtischen Behörden haben beschlossen, daß vom 1. d. M. ab das Schulgeld in den städtischen Elementarschulen — 2 1/2 Sgr. pro Monat — aufgehoben werde, vornehmlich deshalb, weil die Erhebung desselben dem Art. 25 der Verf.-Urkunde widerspricht und die Einnahme im Durchschnitt jährlich nur 200 Thlr. betrug, die Einziehung aber viel Arbeit, wie Kosten verursacht. — Gestern, dem russischen Neujahrstage, war der Grenzübergang bei Poln. Leibisch vollständig geschlossen, weil die jenseitigen Zollbeamten das Fest feierten, wodurch für den Grenzverkehr, namentlich für die Getreidezufuhren nach hierher, keine geringe Störung herbeigeführt wurde. (D. Z.)

Riel, 17. Jan. (Tel.) Laut eingegangener Meldung ist Sr. M. Schiff „Bertha“ am 30. Dez. v. J. von Suva in Aden angekommen und beabsichtigte am 5. d. M. die Reise nach Port de Salle fortzusetzen. Karlsruhe, 17. Jan. (Tel.) In der zweiten Kammer kam heute das Stiftungsgesetz zur Verathung. Der Abgeordnete Koppert (ultramontan) beantragte, daß die Kammer nicht in die Verathung des Gesetzes eintreten möge, und da dieser Antrag nicht in Betracht genommen wurde, verließ die (aus 6 Abgeordneten bestehende) liberale Partei protestirend den Saal. — Auf der Tribüne herrschte große Aufregung, so daß der Präsident mit Räumung derselben drohte. Die Verathung wurde fortgesetzt.

München, 17. Januar. (Tel.) Der Landtag ist heute von dem Könige in Person eröffnet worden. Telegraphisch wird darüber gemeldet: Die Thronrede hebt zunächst hervor, daß der Widerstreit entgegenstehender Meinungen in der letzten Zeit einen ungewöhnlichen Grad von Heftigkeit erreicht habe; es sei zu hoffen, daß das Vorbild maßvoller Haltung, welche der Landtag dem Lande geben werde, wesentlich zur Beruhigung desselber beitragen werde. Der auf die nationale Frage bezügliche Passus lautet folgendermaßen: „Ich weiß, daß manche Gemüther die Sorge erfüllt, es sei die wohlbedachte Selbstständigkeit Bayerns bedroht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Alle Verträge, welche ich mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde geschlossen, sind dem Lande bekannt. Treu dem Allianzvertrage, für welchen ich mein königliches Wort verpfändet, werde ich mit meinem mächtigen Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands und damit für die Ehre Bayerns einstehen, wenn es unsere Pflicht gebietet. So sehr ich die Wiederherstellung einer nationalen Verbindung der deutschen Staaten wünsche und hoffe, werde ich doch nur in eine solche Gestaltung Deutschlands willigen, welche die Selbstständigkeit Bayerns nicht gefährdet. Indem ich der Krone und dem Lande freie Selbstbestimmung wahre, erfülle ich eine Pflicht nicht allein gegen Bayern, sondern auch gegen Deutschland. Nur wenn die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, sichern sie die Möglichkeit einer geistlichen Entwicklung Gesamtdeutschlands auf dem Boden des Rechts.“ Die Thronrede erwähnt alsdann den neuen Staatshaushaltsetat, dessen Aufstellung eine erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkraft erfordere, und verheißt ein neues Wahlgesetz auf Grundlage des direkten Wahlrechts, eine neue Strafprozessordnung, eine Advokatenordnung, ein Tag- und Stempelgesetz, sowie endlich einen Gesetzesentwurf über eine anderweitige Organisation der Bürgerwehr.

d. h. derjenigen, die ein falsches Schamgefühl abhält, zu arbeiten, während sie sich nicht schämen, im Geheimen selbst Unterstützung nachzusuchen. „Das ist aber die Antithese, die wir aufstellen müssen: Die Ehre der Arbeit gegenüber der Schimpflichkeit des Almosennehmens an Solche, die nicht arbeiten wollen, obgleich sie dazu befähigt sein würden.“ Die nationale Seite der Frauenfrage weiß der Redner vor Allem in der Erziehungsfrage nach, deren Wichtigkeit kein Staatsmann der Gegenwart verkennen sollte. Nicht nur um der Frau selbst willen, sondern weil das Gesch der Arbeitsteilung den Fachberuf des Mannes in immer schärferen Abgrenzungen hervortreten läßt, und daher das Familienleben der Zukunft im höchsten Maße angeht, ist auf die Erziehung durch die Frau. Wir berühren somit in der Frauenfrage auch die Angelegenheit der allgemeinen Volksbildung, diese nationale Sache, die für uns darin kulminirt, die gleiche Zugänglichkeit der staatlichen Bildungsanstalten für das weibliche Geschlecht zu erstreben.“ In nationalem Sinne wichtig sei ferner das Vorgehen der Vereine, wo es gilt, auf gezielte Bestimmungen zu insistieren, welche der Frauarbeit nicht hindernd im Wege stehen. Der moderne Staat wird solche Forderungen nicht dauernd zurückweisen können. Den internationalen Charakter der Frauenfrage findet der Referent in ihrer Bedeutung als einer großen Welt- und Kulturfrage der gesamten Menschheit. Er hebt es als eins der merkwürdigsten Zeichen unserer heutigen Gesittung hervor, daß jede bedeutende Frage in kürzester Zeit zu einer Weltfrage werden muß. Nicht so sehen wir an den Debatten über die Aufhebung der Todesstrafe, der Schuldhaft, die jede gesetzgebende Versammlung Europas beschäftigt. „Und was bedeuten jene beiden Angelegenheiten, wie wichtig sie immer sein mögen, neben den kolossalen Dimensionen der Frauenfrage! Es scheint dem Redner schon das eine Bürgerthum für die innere Triebkraft, für die sittliche Berechtigung, für die Werthbestimmung unserer Bewegung, daß sie von Hause aus gleichzeitig in sämtlichen Kulturstaaen, wenn nicht klar erkannt, so doch empfunden wurde in ihrer Bedeutung als höchste Kulturangelegenheit der Menschheit. Nicht darum weil die Frau höher zu stellen sei als der Mann sondern weil sie Jahrhunderte hindurch vernachlässigt wurde, in dem verderblichen Wahn, als ob die geringe Stufe der weiblichen Bildung das Heiligthum der Familie gewährleistete.“ Nach dieser klaren und warmen Beleuchtung der Frage, motivirte der Referent die Nothwendigkeit eines Verbandes unter den gleichstrebenden Vereinen, sowie die Gründung eines speziellen Organs zum Zweck eines stetigen Zusammenhanges derselben. Für Städte, welche noch keine Lokalvereine besitzen, könnte ein genaueres Eingehen auf den ersten Theil der Vorschläge nur von untergeordnetem Interesse sein. Wir übergehen daher die umfassenden Debatten und konstatiren nur die Thatsache, daß die delegirten Frauen mit ebenso überausder Sachkenntnis als Schlagfertigkeit in die Diskussion eintraten. Man war von allen Seiten bereit, die Hand anzulegen, die der Berliner Letztverein bot, aber man war zugleich gewillt seine eigene Selbstständigkeit zu wahren, nicht bloß in den rein lokalen Angelegenheiten, son-

Die Frauen-Konferenz in Berlin.

III. Am 4. November Morgens 10 Uhr wurde die Konferenz durch Herrn Professor v. Holzendorff eröffnet und im Namen des Letztvereins willkommen geheißen. „Ich begrüße die Konferenz“, fuhr der Redner fort, „im Auftrage der Frau Kronprinzessin von Preußen, welche aus Gannes die Aufforderung an mich hat ergehen lassen, Ihnen auszusprechen, einen wie großen Antheil sie an den hier stattfindenden Verhandlungen nehme; wie sie bedauere, abwesend sein zu müssen und daher nicht persönlich ihre Theilnahme dieser Konferenz zuwenden zu können; wie sie ferner die feste Ueberzeugung hege, daß die Beratungen zu bestimmten positiven Beschlüssen führen werden.“ Aus Amerika, aus Schweden, aus der Schweiz waren ebenfalls Begrüßungsschreiben eingegangen. Letztere war durch Herrn Pastor Kredorffer vertreten; von jenseits des Ozeans waren Mr. und Mrs. Dogget in der Konferenz anwesend. Das Berliner Gewerbe-Museum, der Verein der Künstlerinnen, Miss Ascher hatten die Aufmerksamkeit gebahrt, die Delegirten zum Besuch ihrer Anstalten freundlichst einzuladen. Nach diesen Mittheilungen wurden auf Vorschlag des Herrn Direktor Lehmann zwei Herren und fünf Damen ins Präsidium gewählt: die Herren Prof. v. Holzendorff aus Berlin und Dr. Cammer aus Bremen; Fräulein Louise Büchner aus Darmstadt, Mrs. Dogget aus Chicago, Frau Schüpfer-Lette, Frau Gräfin Brockenburg, Fräulein Zanny Hirsch aus Berlin.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf: Die Anbahnung eines regelmäßigen Verkehrs und Meinungsaustausches unter den in Deutschland und im Auslande bestehenden Vereinen.“ Referent war Herr Prof. v. Holzendorff. Der Redner charakterisirte nach drei bestimmten Richtungen die gegenwärtige Gestaltung der Frauenfrage: als eine lokale, nationale und internationale. Er weist auf die mannichfachen Schattierungen hin, welche in dem Vereinleben der verschiedenen Städte Deutschlands prägnant hervortreten, bedingt durch lokale Einflüsse, die wir noch nicht ergründet haben. So hat sich die Einrichtung von Verkaufshallen und Bazars in einzelnen Städten als überaus zweckmäßig, in anderen als ungeeignet erwiesen. So erfreuen sich z. B. in Leipzig die Verkaufshallen für den kommerziellen Verkehr der Frauen der höchsten Blüthe, indess andere Städte nach dieser Richtung vergebliche Anstrengungen machen. So trat in einzelnen Vereinen das Streben nach rein wirtschaftlichen, naheliegenden Zielen fast ausschließlich hervor, während andere eine geistige und sittliche Erhebung der Frauen anstrebten und das Vorurtheil als den schlimmsten Feind der Bewegung zu bekämpfen suchten. Allen Lokalvereinen gemeinsam aber war der erste Impuls: der Wunsch, das Glend der Frauen in der mittleren Gesellschaftsklasse, die verächtliche Armut alleinstehender Frauen zu mildern,

dem innerhalb des Verbandes selbst. Namentlich Frau Delsner aus Breslau war der Ansicht, daß die Vereinigung nicht zum Bundesstaate, sondern nur zum Staatenbunde führen und daß kein Verein die Hegemonie übernehmen dürfe. Bei der Abstimmung wurden die Vorschläge des Referenten angenommen, Berlin als Vorort, der Letztverein zum geschäftsführenden Ausschuss gewählt. Der zweite Theil des Referats, die Gründung eines Vereinsorgans bot nicht geringe Schwierigkeiten. Abgesehen von den verschiedenen Frauenzeitungen mit Nebentendenzen, besteht faktisch seit 4 Jahren das Blatt „Neue Bahnen“ Organ des Allgemeinen deutschen Frauenvereins, mit der ausschließlichen Tendenz, anregend, fördernd und vermittelnd auf das Vereinsleben zu wirken. Es war daher natürlich, daß sich die Forderung geltend machte, an das Vorhandene anzuknüpfen und sich mit der Redaktion jenes Blattes über eine Ergänzung derselben zu verständigen. Für diesen Zweck wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus Fräulein Auguste Schmidt (Mitredakteurin der „Neuen Bahnen“), Frau Fanny Lewald und Dr. Kammer, die sich durch Kooptation einiger Damen ergänzte und am nächsten Abend zu einer Spezialjession bei Frau Fanny Lewald eingeladen wurde. Es ist eine scharfsinnige Abschweifung von der Konferenz, stößt aber in genauem Zusammenhange mit ihr, wenn wir bei dieser Abendjession einen Augenblick verweilen. Gewiß Alle, die das Glück hatten, im Stahrschen Hause empfangen zu werden, empfanden dies als einen persönlichen Vorzug und als ein gültiges Omen für die Sache. Wie rein geschäftsmäßig manche Angelegenheit in großen Versammlungen verhandelt wird und werden muß, in einem kleinen, verständnisvollen Kreise allein, wo die geschäftlichen Formen fallen, tritt erst der wahre Kern hervor. Was Fräulein Auguste Schmidt in der Konferenz zartförmig verschwie, mit welchen unendlichen Opfern sie selbst und Frau Fanny Lewald in Leipzig die „Neuen Bahnen“ gegründet und erhalten — das faßte Professor Stahr mit seinem Verständniß sofort heraus und neben den Möglichkeitsgründen für eine Verschmelzung beider Blätter, betonte er warmherzig die schonende, und achtungsvolle Rücksicht, die man der Selbstlosigkeit solcher Frauen schuldig sei. Unter dem Einflusse so breiter Fürsprache, unter dem fördernden Beitrage der beiden Gattinnen wurde eine Einigung bald erzielt und die Bedingungen festgelegt, welchen man sich von beiden Seiten zu unterwerfen habe. Die endgiltige Entscheidung konnte natürlich nicht von der Kommission getroffen werden, allein es ist aufs dringendste zu wünschen, daß die angebotene Vermittelung nicht nachträglich an Kleinlichkeiten scheitern sollte. — Uns aber wird die Erinnerung an jenen Abend eine wohlwollende sein. Die künstlerische Ausstattung der mild erleuchteten Räume, die unverkennbaren Merkmale geistig schaffender Naturen, die Harmonie zwischen den Menschen und ihrer Umgebung — das Alles firzte sich zu einem Gesamtbilde, welches die Seele für immer bewahrt.

Doch zurück zur Konferenz. Auf der Tagesordnung des 4. stand noch

Oesterreich.

Wien, 16. Jan. Die „Presse“ hört, daß das hiesige Großhandlungs-Gremium den in seinem Schooße gestellten Antrag auf ein Vertrauens-Votum für die Minister-Majorität gestern ablehnte. — Wie die „Presse“ erfährt, bereitet der Handelsminister v. Plener eine Vorlage an den Reichsrath vor wegen einer in Wien im nächsten Jahre abzuhaltenden Weltausstellung.

Wien, 17. Jan. (Tel.) Dr. Berger hat sein Mandat zum Reichsrath niedergelegt. — In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde die vom Minister Plener übersendete Abschrift des kaiserlichen Handschreibens vom 15. Jan., durch welches die Minister Kaaffe, Potocki und Berger ihrer Aemter enthoben werden, verlesen. Der Minister zeigt an, daß er vom Kaiser beauftragt sei, Anträge für die definitive Gestaltung des Ministeriums vorzulegen. Ein anderes kaiserliches Handschreiben überträgt dem Minister Plener zugleich provisorisch das Präsidium des Ministerraths sowie die Leitung des Ministeriums für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit. — Das Abgeordnetenhause hat die galizische Resolution einem Ausschusse von 24 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen. Die Debatte über den Adressentwurf wird Mittwoch beginnen. — Feldmarschall Freiherr v. Hef ist bedenklich erkrankt und hat bereits die Sterbesakramente empfangen.

Triest, 8. Jan. Den neuesten telegraphischen Nachrichten aus Dalmatien zufolge scheint nun doch eine Verständigung mit den Crivozianern angebahnt zu sein. Der „Allg. Z.“ werden über die Mission des österreichischen Oberleutnants, welcher zuerst den Auftrag hatte, mit ihnen Unterhandlungen anzuknüpfen, folgende Einzelheiten mitgetheilt:

Man hatte hierzu einen Kroaten gewählt, welcher der Landessprache vollkommen kundig ist. Er brachte zwei Tage unter den Aufständischen zu, und hatte Gelegenheit mit ihnen förmlich ausführlich die Lage zu besprechen. Er fand sie voll Selbstgefühl, Trotz und Halsstarrigkeit. „Wir brauchen uns nicht zu unterwerfen“, erklärten sie ihm, — „wir sind tausend Mann stark, haben Waffen, Munition und Lebensmittel im Ueberflusse, und auch Geld.“ — dabei wiesen sie ihm Hände voll Dukaten vor. „Wenn alles beim Alten bleibt, wenn ihr uns unsere Häuser und Kirchen wieder aufbaut, und für jeden Todten und Verwundeten 400 Gulden Entschädigung zahlt, — dann wollen wir mit euch Frieden machen.“ Als der Offizier ihnen vom Kaiser sprach, sagten sie: — „Wir kennen den Kaiser nicht — er ist nie zu uns gekommen. Ueberhaupt kennen wir kein Oesterreich mehr. Was bedeutet dieses Grün in eurer Flagge? Das ist nicht die alte österreichische Flagge, die wir weiß-roth, die kennen und achten wir. Das neue Doppelkreuz verstehen wir nicht. Wir wollen einen Kaiser von Oesterreich haben.“ In dieser Weise räsonnirten die Crivozianer in ihrer Einfalt, die den Quallsinn nicht begreifen will oder kann. Mitunter traten Einigung nahe an den Offizier heran und blickten ihm frech ins Gesicht und betrachteten seine Nase, gleichsam als ob sie sehen wollten, ob sie sich für eine Amputation eigne. Einmal setzte ihm ein rissiger Kerl mit drohender Gebärde die Pistole auf die Brust, worauf jener ruhig seinen Revolver zog und die Drohung mit den Worten erwiderte: er habe sieben Schüsse darin. Da lachte der Crivozianer und meinte: er habe nur sieben wollen, ob er Muth habe. Doch wußte er seinen Spatz büssen, denn ein Häuptling trat hervor und donnerte ihm an: Dieser Mann ist unser Gast und du hast ihn beleidigt. Zur Strafe wirst du hier deine Waffen niederlegen und dich durch sechs Tage nicht in unserer Mitte blicken lassen; fort mit dir.“ Und als der Schuldbige dem Befehl Folge leistete und sich ganz demüthig entfernte, half ihm der Häuptling mit einem Fußtritt nach. Das Ablegen der Waffen ist eine der härtesten Strafen der Crivozianer. Man kann sich denken, wie unerträglich ihnen die Idee einer Waffenablieferung vorkommen muß. Die Disziplin ist sehr streng unter ihnen, und sie gehören blindlings ihren Vorgesetzten. Mit zeretzten Kleidern und mit vielen Blößen, in die allerdings vortrefflichen wollenen Decken gehüllt, die von ihren Weibern gefertigt werden, stehen sie stundenlang beim größten Unwetter auf Vorposten, und nur erst, wenn der Mann schon dem Erstarren nahe ist, schleicht er sein Gewehr ab. Dann wird er von einem anderen abgelöst und kann zum Bewachsthum gehen und sich wärmen. Auf einen österreichischen Jäger, der einen ihrer beliebtesten Häuptlinge im Gesicht erschossen hat, haben sie es scharf abgelesen. Sie haben ganz genau seinen Namen erfahren und geschworen, er solle nicht lebend das Land verlassen. Sie haben bisher nur 9 Todte und 21 Verwundete, da sie immer aus gedetter Stellung auf die Soldaten schießen, während die Zahl der Todten und Verwundeten unter den Truppen schon einige Hundert beträgt. Ihre Signale sind ganz einfach. Ein Schuß bedeutet Wachsamkeit; zwei Schüsse „Sammelt euch“, drei Schüsse sind das Zeichen zum Angriff. Der Offizier lehrte unverständlicher Dinge nach Milano zurück. Seitdem scheinen aber neue Unterhandlungen stattgefunden zu haben.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Im heutigen Ministerrath soll dem „Journal de Paris“ zufolge einstimmig beschlossen worden sein, daß man die Verfolgung gegen Rochefort aufrecht erhalte und bei

dieser Gelegenheit die Kabinetsfrage stelle. Die „Marcellaise“ meldet, daß ihr Mitredakteur Pascal Groussiet eine Vorladung vor den Instruktionsrichter de Curcy erhalten hat. Hr. Groussiet antwortet auf diese Vorladung: „Wir erkennen weder ein Tribunal erster noch zweiter Instanz an, wir erkennen keine Instruktionsrichter an, noch eine bonapartistische Justiz und wir weigern demgemäß, seiner Vorladung gutwillig Folge zu leisten.“ Wie telegraphisch gemeldet wurde, ist Hr. Groussiet verhaftet worden. Außer der eben zitierten Fanfaronade bringt die „Marcellaise“ folgende Deklaration:

Wir, Mitglieder der revolutionären Gemeinde von London, residierend in Paris, Angesichts des neuen Verbrechens, welches zu den unzähligen Schandthaten der Bonaparte hinzukommt, erklären, uns jeder Theilnahme an dem gegenwärtigen status quo enthalten zu wollen, wir verweigern die Steuern, wir verweigern die Justiz, wir verweigern die Arbeit, wir verweigern den Miethszins und wir rathen allen Republikanern, uns nachzuahmen und uns zu folgen.“

Die „Times“ bedauert, daß der Prinz Peter Bonaparte nicht vor das gewöhnliche Gericht gestellt worden sei. Es wäre dies vielleicht doch möglich gewesen, wenn die Regierung die nach dem Befehle des Jahres 1852 festgesetzte Frist von 14 Tagen zur Einberufung des außerordentlichen Gerichtshofes hätte verstreichen lassen, indem alsdann die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes ihren Lauf genommen hätte.

Inzwischen hat die „Times“ Gelegenheit, einen Beitrag zu dem Charakter des Angeklagten zu liefern, indem ihr Hr. Joseph Cartwright folgende Mittheilung über des Prinzen Ausweisung von Korsu übergeben hat:

„Ich war zu jener Zeit als Beamter unserer Regierung in Korsu und kann für die Wahrheit meiner Angaben bürgen. Der Prinz mietete in Korsu ein Boot, um an die albanische Küste zu fahren. Zwei Seelen von der Insel, deren Aussagen ich nach der Begebenheit aufzunehmen hatte, führten das Boot. Bei der Landung an der albanischen Küste in Salajas verfuhr ein Bollweib an Bord zu steigen, um sich zu vergewissern, woher das Boot kam — als der Prinz ihn, ohne gereizt zu sein, niederstieß. Der Palikare war ein ältlicher Mann, der Vater vieler Kinder. Das Boot kehrte ohne weiteren Aufenthalt nach Korsu zurück, der Prinz wurde angefaßt, die Insel zu verlassen und die ionische Regierung — Sir Howard Douglas stand damals an der Spitze — zahlte der Familie des ermordeten Beamten eine ansehnliche Entschädigung.“ Ein anderes Eingefandte, dessen Verfasser von der „Times“ mit vollem Vertrauen beehrt wird, erzählt: „Als ich vor 25 Jahren in Brüssel war, hielt der Prinz sich in den Ardennen auf und gerieth dort wegen Wilddieberei mit einigen Forsthütern in Streit. Einer von den letzteren wurde entweder getödtet oder schwer verwundet; welches von beiden, weiß ich nicht mehr genau.“

Die Diskussion über die Handelspolitik im Senat und die Erklärungen, welche Buffet und Louvet abgaben, haben viel böses Blut gemacht und eine Anzahl elsässer Fabrikanten, welche in Paris ansässig sind, protestiren bereits heute gegen die Angaben des Hrn. Buffet. Ihnen zufolge führt der Elaf an Baumwollenwaaren nicht 25 pCt., sondern 80 pCt. seiner Produktion aus. In der gestrigen Sitzung des linken Zentrums im Grand Hotel kam auch die kommerzielle Frage zur Diskussion. Die Leute sind größtentheils Schutzöllner. Diers sprach über eine Stunde, zum großen Entzücken seiner Freunde, gegen die Handelsfreiheit. — Es ist jetzt eine Subskription eröffnet worden, von deren Ertrag Libaldi nach Frankreich zurückgebracht werden soll. Er befindet sich bekanntlich in Cayenne.

Paris, 17. Januar (Tel.) Im geseßgebenden Körper brachte Estancelin einen Antrag auf Tagesordnung ein, welcher besagt, daß die Kammer im Vertrauen auf die Festigkeit des Ministeriums und im Hinblick auf die zur Aufrechterhaltung der Ruhe getroffenen Maßregeln es für angemessen hält, daß der Antrag auf Verfolgung Rocheforts zurückgezogen werde. Der Justizminister Olivier erklärte, daß das Ministerium den Antrag Estancelins nicht akzeptire, und daß es die Nichtbewilligung der Ermächtigung zur Verfolgung Rocheforts so auffassen werde, als wolle man die Minister in die Unmöglichkeit versetzen, das von ihnen unternommene Werk fortzuführen. Rochefort ergriff darauf das Wort und erklärte, gewisse Attentate geben die Ermächtigung, alles heraus zu sagen; er wolle sich nicht verteidigen und auch die Regierung nicht daran hindern, mit ihren Ungeheuerlichkeiten fortzufahren; denn die Fehler, welche das Kaiserreich begehe, kämen der Republik zugute. Picard sprach sich gegen die Verfolgung aus und bedauerte, daß die Regierung diesen Anlaß benützt habe, um eine Kabinetsfrage zu stel-

len. Nachdem der Justizminister Olivier sich dahin ausgesprochen, daß die Regierung absolute Pressfreiheit gestatte, aber nie zugeben werde, daß die Presse dazu benützt werde, das Volk gegen die Regierung in die Waffen zu rufen, wurde die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Rocheforts mit 226 gegen 34 Stimmen ertheilt. — Die Stadt ist vollständig ruhig, einige Gruppen Neugieriger umstanden das Palais Bourbon, doch machte sich nirgends eine besondere Erregung bemerkbar. — Wie man versichert, soll die Hinrichtung Traupmanns morgen früh stattfinden.

Amerika.

Washington, 11. Jan. (Kabeltel.) Dem Senate wurde eine Resolution vorgelegt und an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwiesen, der zufolge der Staatssekretär angewiesen werden sollte, zu untersuchen, in wie weit ein Vorschlag zur Abtretung Brish Kolumbias an die Vereinigten Staaten als Vertragsbedingung für die Schlichtung der zwischen der Union und England schwebenden Differenzen zeitgemäß wäre. Die Einleitung behauptet, die Bewohner jenes Gebietes seien für eine solche Abtretung.

Vom Landtage.

48. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. Berlin, 17. Januar. Eröffnung um 10 1/2 Uhr. Am Ministerische Graf Eulenburg, v. Selchow. — Abg. Dunder, unterstützt von den Mitgliedern der Fortschrittspartei, richtet an die Staatsregierung folgende Interpellation, welche der Minister des Innern sofort beantworten zu wollen erklärt: 1) Ist es begründet, daß den feiernden Bergleuten im Waldenburger Kreise, welche auswärtige Arbeitsstellen, z. B. in österr. Schiefen und Baden, auffuchen wollen, die Auslandspässe verweigert oder nur gegen Hinterlegung von Kaution ertheilt werden? — 2) Hat sie Kenntniß genommen von den mehrfach bei Gelegenheit der Arbeitseinstellung der Bergarbeiter vorgekommenen Verletzungen des Versammlungsrechtes durch die dortigen Lokalbehörden? — 3) Hat sie Maßregeln ergriffen, um dem gegenüber die gesetzliche Freiheit zu Versammlungen für die dortigen Bergarbeiter wieder herzustellen?

Abg. Dunder: Das offene Eintreten der Regierungen für die Forderungen der Arbeitgeber, wonach die Arbeiter aus den Gewerksvereinen ausscheiden und sich verpflichten sollen, in Zukunft keinem ähnlichen Vereine beizutreten, war nicht geeignet, einen Ausgleich des traurigen Zwistes herbeizuführen. Der Streit dauert fort, die Nachricht, daß eine größere Anzahl von Arbeitern die Arbeit wieder aufgenommen, ist unrichtig. — Im Waldenburger Kreise war unter der arbeitenden Bevölkerung eine lebendige Bewegung entstanden, um die Vortheile, welche die neuere Gesetzgebung für den Arbeiterstand eröffnet hat, ihm durch Zusammenschließung der schwachen Kräfte in ein großes Gemeinwesen nutzbar zu machen und so eine allmähliche Verbesserung seiner Lage herbeizuführen. Etwa im Juli v. J. fand zu diesem Zwecke eine Versammlung der dortigen Bergarbeiter statt, welcher Dr. Max Hirsch von hier beizuwohnte (Ab! rechts) und in welcher von diesem die berliner Musterstatuten eines Gewerksvereins vorgelegt wurden. Sehr schnell organisierte sich ein Gewerksverein der Bergarbeiter und zwar selbstständig, durch die Arbeiter selbst (Widerstand rechts), welche die Musterstatuten nicht einfach abgeschrieben, sondern verschiedene Abänderungen beschloßen. Sie setzten in den Statuten als die zu erstrebende Arbeitszeit Anfangs 10 Stunden inkl. 2 Stunden Pause, später 8 Stunden fest und zwar obligatorisch. Zur Erledigung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollte ein gleichmäßig aus Mitgliedern des Gewerksvereins und Arbeitgebern gebildetes Schiedsgericht gebildet und falls die Letzteren sich weigerten, ihm beizutreten, sollten andere in allgemeiner Achtung stehende Männer wie Abgeordnete und Friedensrichter gewählt werden. Diejenige Partei trat sofort eine so ungewöhnliche Anzahl von Mitgliedern bei, wie sonst nirgendwo, ein Beweis, daß die Verhältnisse nicht so günstig gewesen sein müßten, wie sie jetzt vielfach von den Grubenbesitzern dargestellt werden. Aber mit dem Steigen der Mitgliederzahl wuchs auch die Unzufriedenheit der Grubenbesitzer über den Verein, gegen den sie, bevor er noch irgend welche bestimmte Forderungen gestellt hatte, offensiv vorging. Ein Beamter des Fürsten Pletz kündigte einem Arbeiter, (weil er die Wahl zum Vorsitzenden eines Ortsvereins angenommen hatte. Sehr richtig! rechts) Auch wurden einer großen Anzahl von Mitgliedern die Wohnungen gefündigt. Die Arbeiter meinten Anfangs, daß bei den Grubenbesitzern eine irrtümliche Auffassung über den Zweck der Vereine obwalte; sie erklärten, daß sie gerne die Hand zum Frieden böten und etwa verlangte Statutenänderungen vorzunehmen bereit seien. Gerade hier von Berlin aus ist auch in diesem Sinne gewirkt worden. Dr. Hirsch begab sich noch einmal nach Waldenburg und verhandelte mit den Arbeitgebern; von Seiten jener Herren wurde ihm zugesagt, daß wenn einige der namentlich bezeichneten Bestimmungen geändert würden, dann auch von Seiten der Grubenbesitzer nichts mehr gegen die Existenz des Vereins selber eingewendet und auch die Beschwerden der Arbeiter abgestellt werden würden. In Folge dessen wurden in einer Generalversammlung die Statutenänderungen genehmigt: es wurde die Bestimmung, daß die Arbeitszeit von 8 Stunden eine obligatorische sein solle, gestrichen, es wurde hinsichtlich des Schiedsgerichtes bestimmt, daß in dasselbe auch Arbeitgeber gewählt werden müßten. Damit glaubten sie Alles gethan zu haben, was man von ihnen verlangen konnte. Aber ihre Erwartung schlug vollständig fehl. Es erfolgte keine Zurücknahme der gegen

die Arbeiter verfügten Maßregeln, keine Entlohnung der ihnen gemachten Versprechungen. Der Gewerksverein richtete daher an die Grubenbesitzer eine Denkschrift, in der er folgende Forderungen aufstellte: Anerkennung des Gewerksvereins, humane Behandlung der Arbeiter Seitens der Beamten, Ermäßigung der Arbeitszeit von 10 resp. 12 auf 8 Stunden, Feststellung der Normallohn, endlich Zurücknahme der gegen die Arbeiter erfolgten Maßregeln. Die Denkschrift schließt mit der Bitte, man möge die Sache der Arbeiter als eine gerechte anerkennen und sie nicht als Rebellen und Aufbeher ansehen. Es erfolgte auf die Denkschrift keine Antwort, weil die Grubenbesitzer es durchaus ablehnten, mit dem Gewerksverein als solchem zu verhandeln. (Sehr richtig! rechts.) Wie verhielt sich nun bei der jetzt erfolgenden Arbeitseinstellung die Staatsregierung? Den Arbeitern, welche Waldenburg verließen und auswärts Arbeit suchten, wurde auf den königlichen Gruben überall die Arbeit verweigert (Sehr gut! rechts.) es wurde ihnen erklärt, man wolle keine Waldenburger beschäftigen. (Sehr gut! rechts.) Ist es wohl die Aufgabe der Regierung, in dieser Art einer Koalition der Arbeitgeber gegen die Arbeiter beizutreten? Ihre Aufgabe ist es, die Produktion der ihrer Verwaltung anvertrauten Staatswerke auf die höchste Stufe zu heben; es ist bekannt, daß es auf den königlichen Gruben an Arbeitern mangelt, und dennoch weist man die sich anbietenden Arbeiter zurück. Heißt das nicht die Produktion der Staatswerke schwächen und außerdem die Steuerkraft des Landes vermindern? Aber nicht nur als Arbeitgeber, sondern, was noch schlimmer ist, als Staatsgewalt hat die Regierung ihre Macht zu Gunsten der Arbeitgeber in die Waagschale gelegt. Meine erste Frage richtet sich auf die Verweigerung der Pässe. Ich möchte nicht, daß der Hr. Minister meine Frage beantwortet, indem er einfach die Thatsache, daß Pässe verweigert worden sind, bestrittet. Denn worauf es ankommt, das sind die Attente der Ortspolizeibehörde, auf Grund deren die Pässe erst ausgestellt werden, und diese Attente sind in einer großen Anzahl von Fällen ohne jedes Motiv verweigert worden. Oben so ungelegliche Ueberschreitungen ihrer Befugnisse haben sich die Behörden in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes zu Schulden kommen lassen. Der Polizeiverwalter Scheumann zu Reichenhof erlaubt sich auf die bezüglich die Anzeige von einer anberaumten Versammlung einfach zu verfügen: „Die am morgen Abend 6 Uhr anberaumte Versammlung wird, als zur Nachtzeit treffend, hierdurch unteragt.“ (Weiter!.) Und der fürsichtige Polizeiverwalter Kriß auf Schloß Waldenburg schreibt in einem gleichen Falle höchst weise: „Die am morgen Abend 6 Uhr anberaumte Versammlung wird, als zur Nachtzeit treffend, hierdurch unteragt.“ (Weiter!.) Und der fürsichtige Polizeiverwalter Kriß auf Schloß Waldenburg schreibt in einem gleichen Falle höchst weise: „Die am morgen Abend 6 Uhr anberaumte Versammlung wird, als zur Nachtzeit treffend, hierdurch unteragt.“ (Weiter!.) Und der fürsichtige Polizeiverwalter Kriß auf Schloß Waldenburg schreibt in einem gleichen Falle höchst weise: „Die am morgen Abend 6 Uhr anberaumte Versammlung wird, als zur Nachtzeit treffend, hierdurch unteragt.“ (Weiter!.)

Während dieser Rede ist der Kronprinz in der Hofloge eingetreten. Minister Graf Eulenburg: Sie gestatten mir, mich innerhalb des Rahmens der Interpellation zu halten und auf die gestellten Fragen der Reihe nach zu erwidern. Auf die Frage, ob es begründet ist, daß den Bergleuten Auslandspässe verweigert seien, antworte ich: Nein. Die Nachrichten, die ich in der kurzen Zeit zwischen der Stellung der Interpellation und deren Beantwortung habe einziehen können, lauten dahin, daß bis jetzt 18 Auslandspässe und 22 Pässe für das Bundesgebiet gefordert und ertheilt worden sind. Verweigert sind sie nur in den Fällen, wo Minderjährige ohne Erlaubnis des Vormundes dieselben gefordert haben, und da, was ortspolizeiliche Attente, welches zur Ausstellung der Pässe erforderlich ist, nicht in Ordnung gewesen ist. Der Abg. Dunder sagt, ich möchte nicht in dieser Weise antworten, aber ich kann in keiner andern Weise antworten, denn die Interpellation richtet sich nur auf die Pässe, und ob die Ortsattente verweigert sind, kann ich unmöglich wissen, ehe mir nicht die einzelnen Spezialfälle namhaft

ein Referat „Ueber Arbeits-Nachweisungsbureaus.“ Referentin war Fräulein Jenny Hirsch.

Sie bezeichnet den üblichen Namen „Frauenfrage“ für den Gegenstand, welcher die Versammlung beschäftigt, mehr bequem als zutreffend. Obgleich es sich um die Erörterung der Stellung handelt, welche die Gesellschaft der Frauen bisher angewiesen hat und dem Geiste unseres Jahrhunderts gemäß anzudeuten haben wird, läßt sich diese Angelegenheit nicht unter dem allgemeinen Begriff einer Frauenfrage zusammen fassen, sondern sie ist eine große soziale Frage, die Männer wie Frauen gleich mehr am Herzen liegen sollte. „Und die Art und Weise, wie wir hier berathen, bestärkt mich in meiner Ansicht. Nicht eine Versammlung von Männern ist es, die hier zusammengetreten, um Gesetze zu bestimmen, sie den Frauen zu oktroyiren und jeden Einwand mit einem strengen mulier tacito in ecclesia abzuschneiden. Männer und Frauen sind hier aus allen Theilen Deutschlands, ja fernher über den Ocean gekommen, um mit gleichem Eifer, gleicher Eingebung an die Sache und gleicher Berechtigung zu rathen und zu thaten.“

In diesem Sinne prüft die Referentin verschiedene Institute für Arbeitsnachweisungen von Seiten männlicher Vereine, welche bezwecken, ihre Mitglieder vor Benachtheiligung zu schützen. Es kann kein Zweifel sein, daß die Frau eines derartigen Schutzes doppelt bedarf. Die Referentin spricht es aus, daß die stellungsuchenden Frauen und namentlich die Erzieherinnen nicht selten in schamloser Weise ausgebeutet und unter falscher Vorpiegelung in die unheilvollsten Verhältnisse gelockt werden. London, Dublin, Edinburgh, Manchester, sind mit Arbeitsnachweisungsbureaus vorangegangen und im Frühling des Jahres 1866 gründete der verewigte Letzte das erste derartige Bureau zu Berlin. Seine Resultate sind überraschend. Während das londoner Bureau im letzten Jahre 48 Personen feste Stellen und 46 zeitweilige Beschäftigung vermittelt hat, erzielten durch das berliner vom 1. Nov. 1867 bis 1. Nov. 1869 an 392 Personen feste Stellen resp. Beschäftigung! Unter den verschiedenen Berufsarten, für welche sich eine Nachfrage herausgestellt, wollen wir im Interesse Beteiligter besonders hervorheben, daß Musterzeichnerinnen, Stenographinnen und Lithographinnen gesucht, aber aus Mangel an geeigneten Persönlichkeiten nicht besorgt werden konnten — ein Wink für gebildete Mädchen, sich diesen Erwerbsquellen zuzuwenden.

Eine doppelt segensreiche Thätigkeit entwickelt das Bureau durch den Nachweis solcher Personen, wodurch achtbaren Frauen Berlins Gelegenheit zu passendem Erwerb, auswärtigen wiederum die Garantie vor Benachtheiligung geboten wird.

Die erste Frage, über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit von Arbeitsnachweisungsbureaus schien somit unzweifelhaft gelöst. Die zweite Frage war, ob an der Spitze derselben eine besoldete Kraft zu stellen oder auf freiwillige Leistungen zu rechnen sei. Die Referentin empfiehlt das erste Prinzip im Hinblick auf die außerordentliche Mühewaltung und Verantwortlichkeit, die mit einer solchen Stellung verbunden ist. Bei der dritten Frage: soll die Vermittelung des Bureaus unentgelt-

lich sein oder soll es eine Entschädigung beanspruchen und durch wen? darwird die Referentin ebenfalls das Prinzip der Unentgeltlichkeit und motivirt ihre Ansicht durch den Hinweis auf die materiellen Opfer, die der Verein sonst dem Publikum bringen muß (das berliner Bureau kostet dem Verein jährlich 500 Thlr.), sowie auf den demoralisirenden Einfluß, welchen Leistungen ohne Gegenleistungen stets zur Folge haben. Sie empfiehlt daher einen mäßigen Prozentsatz sowohl von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zu fordern.

Die eröffnete Diskussion bietet Gelegenheit zu interessanten Vergleichen mit den Resultaten anderer Nachweisungsbureaus, die abweichende Prinzipien verfolgten. Anknüpfend an eine Mittheilung der Frau von Vitrov über die Einrichtungen Wiens, wirft Mrs. Duggert ein Schlaglicht auf amerikanische Zustände. Sie erhebt sich, ein Blatt in ihrer Hand mit folgenden Worten: „The work upon the paper I held in my hand, the organ of the women of the Western States of America, was all done by women. It is true men objected but the women of America were learning to have less fear of men's objections, were learning to exercise their own judgment as to the trades they should learn and the arts they should exercise.“

Sie vergleicht dann weiter Deutschland und Amerika: It seems to me, the efforts making in Germany to form women's Societies and found schools for women tend to separate still farther the interests of men and women. Across the sea the tendency of all efforts was to unite them. There the public schools are considered a success, in them boys and girls study in the same room, use the same text-books, not only in the primary and Grammar Schools but also in the High Schools from which only boys enter College.

Wir müssen es uns versagen, auf diese Mittheilungen spezieller einzugehen, die der Debatte einen Reiz des Neuen verliehen. Bei der Abstimmung wurden die Prinzipien des Frä. Jenny Hirsch einstimmig angenommen und die Sitzung des ersten Tages um 3 1/2 Uhr geschlossen.

Der „Salon.“

Das IV. Heft (so eben ausgehen) bietet folgenden Inhalt: „Der Herr von der Hölle, eine zwiespaltige Geschichte von Friedrich Gerstäcker“; „Die Frau eines berühmten Mannes, eine moskauer Geschichte von Eugen Laur“ (der bekanntlich im „Salon“ immer die vortrefflichsten französischen und spanischen Skizzen schrieb); „Der Byron-Skandal“ und „Führer durch Berlins kleine Theater“, vom Herausgeber; Walpurgis, Novelle von Gustav zu Putlitz (Schluß); „Büchertisch“; „Briefe eines deutschen Kleinstädtlers an die Herausgeber des „Salon“; „Pariser Monatschronik“ und „Im Rauchzimmer“. Um mit den drei letzten Themas zu beginnen, so wissen alle Die, welche den „Salon“ bereits zur Hand gehabt haben, daß sich unter die-

sen drei Rubriken regelmäßig eine Menge Neues in der gestreichsten, pikantesten und elegantesten Form produziert; wir finden aber diesmal namentlich die ersten beiden besonders anziehend. Die Monatschronik entrollt vor unseren Augen ein höchst drastisches und keineswegs den Schwärmern für das politische Treiben an der Seine entgegenkommendes Bild der pariser Wahluntriebe. Rochefort erscheint darin als Mittelpunkt und Stigma jener wie trunkenen Gesellen, von deren Gebahren unter gewissen Umständen leider gar manchen das Schicksal des Wohlstandes und der Intelligenz abhängt. Der Salonchronist schreibt offenbar leidenschaftlos, und da er selbst mitten drin gestanden, so macht seine Schilderung den Eindruck der vollsten Wahrheit. Was nun aber den diesmaligen Brief des Kleinstädtlers betrifft, so bietet er auch diesmal weit mehr als der Titel der Rubrik errathen läßt. Diesmal in dramatischer Form, bei welcher ihm die verfehlte Schurkengeschichte im „Adolf hat Hamlet“ zum Anhalt dient, stellt er sich vor Gericht und — Minakwis, der große (?) Dichter des allerneuesten Nibelungenliedes, genannt „Die Bötterschlacht bei Leipzig“, ist der Kläger aus Namenshitzbruch. Die Witzefekte fallen und bligen von allen Seiten, Der Kleinstädtler wird dazu verurtheilt, die Minakwisigen Gedichte schon zu finden und bietet zum Dank dem Dichter sein Kontersey als Weihnachtsgeschenk, aber von hinten gehen. — Im „Byron-Skandal“ lernt der Leser den wahren Charakter der Verfasserin von „Onkel Toms Hütte“ kennen, die es gewagt hat, Schmutz über das Grab des weltberühmten Dichters des „Schilf Harold“ zu werfen. „Walpurgis“ schließt in derselben meisterhaften und fesselnden Manier wie die Novelle begonnen. Die Wogen der fieberhaften Erregung glätten sich, die Seele des Lesers fühlt sich gestillt und verjöhnt. — Von großer Bedeutung ist die moskauer Geschichte — eine erschütternde Tragödie, die für die schöne Arbeiterin allerdings bis jetzt heiter geendet hat, aber — es ist ja noch nicht aller Tage Abend. — Noch ein Wort über Gerstäckers Beitrag: es ist der wirkliche Teufel, den er novellistisch verführt; wir erfahren dabei, daß es einer und derselbe Höllenfürst in der Menschenwelt ist, welcher die Waghalse an der Spielbank ruiniert und eine gewisse Sorte von Theateragenten und Rezenten beglückt; wir erfahren aber auch, daß dieser „Herr von der Hölle“, dem man Grandezza der Manieren nicht absprechen kann, nicht nur denen, die sich aus Verzweiflung hängen wollen, dienstfertig die Leiter hält, sondern sie auch davon rettet. — Das Ganze ist, wie man merken wird, überaus anziehend. Friedrich Bodenstedt liefert eine beziehungsreiche Dichtung: „Sadi und der Schah“, aus dem Divan des Abbas-Kuli-Chan“, die an dentlicher Schilderung eines charakterlosen Fürsten und des hämischen, neidischen Hofschmeißer nichts zu wünschen übrig läßt. Außerdem bringt das Heft Dichtungen von H. Ligg und J. Rodenberg (zu einem Bilde vom Fr. Meyerheim), und Karl Müller schildert mit brillanten Farben die Auerhahnbalze. G. Natis.

gemacht sind. Außerdem wäre für diese Fälle wohl nicht die Interpellation der geeignete Weg, sondern einfach der Refus an die höhere Instanz. Wenn jemand glaubt durch seine Dröselbehörde benachteiligt zu sein, so hat er sich zunächst an den Landrath, sodann an die Regierung und schließlich an mich zu wenden. Was die angeblichen Verletzungen des Vereinsrechtes betrifft, so ist bei mir keine einzige Beschwerde eingegangen. Ich habe aber Veranlassung genommen, mich nach dem Zusammenhang dererigen Fälle zu erkundigen, welche zu den erwähnten Verfügungen Veranlassung gegeben haben, und mir ist berichtet worden, daß die Polizeiverwaltung zu Neuhendorf allerdings eine auf 6 Uhr Abends anderweite Versammlung untersagt habe, daß aber der Generalrath des Gewerkevereins darüber beim Landrath Beschwerde geführt, daß dieser sofort Remedur hat eintreten lassen und daß die Versammlung demnach abgehalten worden ist. (Heiterkeit rechts.) Die Verfügung des Polizeiverwalters Krift ist allerdings unverfänglich motiviert; doch ist er, nachdem die Arbeiter dagegen veranlaßt, davon zurückgekommen, und auch diese Versammlung ist abgehalten worden. (Heiterkeit rechts.) Die Regierung kann also auch nicht Maßnahmen ergreifen zur Wiederherstellung der gesetzlichen Freiheit zu Versammlungen, wenn diese Freiheit gar nicht beeinträchtigt ist. Von 200 Versammlungen, die dort abgehalten worden sind, sind von Landrath drei aufgelöst worden wegen Aufregung zur Begehung ungesetzlicher Handlungen. Im Uebrigen ist das Vereinsrecht dort vollkommen frei und unbehindert gehandhabt worden. Die Staatsregierung hat sich der Ausführung des Koalitionsrechtes niemals widersetzt. Mit dem Gesetze, welches dasselbe ausgesprochen, hat sie die Verpflichtung übernommen, der Ausübung desselben in keiner Weise ein Hinderniß in den Weg zu legen, für keine Seite Partei zu nehmen. Sie hat aber zugleich die Pflicht, mit fester Hand darauf zu achten, daß durch die aus diesem Rechte sich ergebenden Bestrebungen weder die Freiheit des Einzelnen noch die Ordnung und Sicherheit des Ganzen gefährdet werde. Die feste Hand wird sie halten und ausstreifen auch in dieser Angelegenheit und im Uebrigen sich vollkommen unparteiisch, wie sie es auch bisher gethan hat, zwischen den Gegensätzen halten. (Bravo! rechts.)

Runge und Bent beantragen, über die Interpellation in die Diskussion einzutreten und alle Fraktionen, mit Ausnahme der Rechten, schließen sich diesem Antrage an. Etwa 12 Redner melden sich zum Wort.

Abg. Bent: Ich halte den Inhalt der Interpellation, die Frage nach Erhöhung des Arbeitslohnes und Verminderung der Arbeitszeit, die als Geschäftsfragen nur zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu erörtern sind, für keine politische Parteifrage. Alle Parteien unseres Landes haben das Streben, die Interessen der Arbeiter zu fördern, und es würde mir viel schwerer werden, gegen Männer zu sprechen, mit denen ich unter demselben Banner stand, als es mir jetzt wird bei der Ueberzeugung, daß es sich hier um eine politische Frage nicht handelt und daß man nicht wohlthaten hat, diese Angelegenheit zu einer solchen zu machen. Nach der Denkschrift des Generalraths fordern die Arbeiter zunächst eine würdigere Behandlung seitens der Beamten. Kein Grubenbesitzer im waldenburger Kreise widersteht solcher Forderung; denn alle halten es für eine Pflicht der Wohlthätigkeit, jeden Arbeiter so zu behandeln, wie es ihm zukommt. Die Regelung dieses Punktes unterlag also keinem Bedenken. Sodann wird die Herabsetzung der Arbeitszeit gefordert. Dagegen wäre nichts zu sagen, sofern nicht gleichzeitig auch eine andere Art der Lohnzahlung gefordert wäre. Alle Arbeit in den schlesischen Bergwerken wird in Akkord vergeben. Bei diesem Arbeitsmodus ist es dem Arbeitgeber ziemlich gleich, ob der Arbeiter sechs oder zehn Stunden arbeitet. Zugleich wird nun auch noch eine Erhöhung des Arbeitslohnes gefordert. Die Behauptungen der Denkschriften, daß der Lohn der Bergarbeiter pro Tag nur 7 1/2 bis 10 Sgr. betrage, sind nach den Mittheilungen der Bergwerksbeamten und des Chefs des schles. Bergwerkes unrichtig. Nach den offiziellen Lohn tabellen bekommt der Häuer pro Schicht 23 1/2, der Schlepper 14 1/2 Sgr., bis zu welchem Betrage die Löhne in den letzten zehn Jahren erhöht sind. Diese Erhöhung fällt um so mehr ins Gewicht, als in demselben Zeitraum die Produktionstätigkeit der Arbeiter gesunken ist und dieselben außer den Löhnen noch ein Deputat an Kohlen zur Heizung, sowie freien Schulunterricht für ihre Kinder erhalten. Die Lage der waldenburger Bergarbeiter ist also keineswegs eine solche, daß man glauben sollte, die Leute seien ohne Weiteres aus eigenem Antriebe zu der Ueberzeugung gekommen: wie bisher, gehe es nicht weiter, und so schnell zusammengetreten, wie der Interpellant behauptet. Es ist richtig, daß im Oktober v. J. einzelnen Arbeitern, welche erklärten, sie würden zum Streike greifen, wenn ihnen ihre Forderungen nicht bewilligt würden, die Wohnungen gekündigt sind. Formeln waren die Bergbesitzer dazu vollständig berechtigt, aber auch moralisch. Denn sie sagten ganz richtig: „Wir werden doch Leuten kein Unterkommen gewähren, die bei uns zu arbeiten aufhören wollen!“ Neben diesen materiellen Forderungen geht die Forderung der Anerkennung des Gewerkevereins her, um deren Erfüllung allein es sich gegenwärtig noch zu handeln scheint. Die Grubenbesitzer fordern den Austritt aus dem Gewerkeverein, weil sie für den Fall, daß Verhandlungen mit den Arbeitern notwendig werden, nur mit Arbeitern, die in dem jedesmaligen Bergbetriebe beschäftigt sind, und nicht mit Personen zu thun haben wollen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht bekannt sind. Es hieße die Existenz des Tages leugnen, wollte man bestreiten, daß der Rath, den die Arbeiter erhalten, nicht aus Waldenburg kommt. (Sehr richtig! rechts.) Und dieser Rath wird in einer die Verhältnisse umkehrenden Weise, er wird aggressiv ertheilt. Die Schnelligkeit, mit der die Bergwerksarbeiter sich zusammengehen haben, ist nicht ein Beweis für die dringliche Natur der Kalamität, vielmehr ein Beweis dafür, daß diese 4-6000 Bergleute nicht mit vollständiger Einsicht in die Sachlage, sondern übereilt handelten. Daß keine politische Frage vorliegt, zeigt der Umstand, daß die Führer — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — der äußersten Linken in Waldenburg selbst in viel schärferen Worten, als ich geübt, sich für meine Ansicht ausgesprochen haben. Auch um die Bedeutsamkeit des Instituts der Gewerkevereine handelt es sich hier nicht; Niemand wird dieselbe bestreiten, aber die Parlaments-Untersuchungen über dieses Institut in England aus den letzten Jahren fordern zur Vorsicht auf. Die feiernden Bergleute in Waldenburg zeigen ein musterhaftes Betragen. An ihre Hingebung und ihren Mut knüpfte ich die Hoffnung, daß ihnen die Einsicht kommen wird, daß es nicht wohlthaten ist, bei dieser Frage die politischen Leidenschaften zu entfesseln und Vorwürfe zu erheben, die wir seit lange nicht mehr hören. (Beifall rechts.)

Abg. Schulze (Berlin): Hätte diese Frage nicht eine bedeutende politische Seite, so würden wir uns hier nicht mit ihr beschäftigen. Auch bei dieser Frage bestätigt sich der alte Satz, daß, so oft eine große Bewegung entsteht, sich immer Leute finden, die den Zusammenhang derselben mit der Kulturentwicklung bestreiten, einzelne Personen oder eine Partei vorschreiben und dann meinen, die Sache sei gemacht. Sie kennen das Kleeblatt, welches immer vorgehoben ist: die Literaten, die Juden und die Polen. An die Stelle der Polen setzt man jetzt die Fortschrittspartei, einige legen dafür auch die Positivisten. (Allseitige Heiterkeit.) Von dem Augenblick an, wo die Grubenbesitzer den Austritt der Arbeiter aus dem Gewerkeverein als Vorbedingung zum Ausgleich forderten, sind sie aus dem Rahmen ihrer lokalen wirtschaftl. Interessen herausgetreten und von da an ist die Sache eine politische geworden. Die Klugheit werden Sie uns doch zutrauen, daß wir uns nicht auf die Regelung von Streiks einlassen (Dho! rechts), wir sind eingetreten für die Waldenburger, weil man ihnen Rechte, die wir mit vieler Mühe für alle Bevölkerungsklassen durchgekämpft haben, nehmen will. Da einzugreifen, halten wir einfach für politische Ehrlichkeit. Den Gewerkevereinen gehen seit Jahrzehnten die Arbeiter-Bildungsvereine voran; beide sind durchaus solidarisch, Hand in Hand mit einander wollen sie die soziale Frage auf Grund der Selbsthilfe lösen, nicht wie jene anderen Vereine, die heute noch zur Verathung ihrer Organisation tagen, einen Kampf gegen das Kapital führen. Die Grubenbesitzer haben mit ihrer Forderung, daß die Bergleute auf den Gewerkeverein verzichten sollen, das freie Vereinsrecht verletzt und da in Waldenburg nur dieser Verein existirt, als einer der den Bergleuten materielles Interesse gewährt, so ist die Verzichtleistung auf den Gewerkeverein gleichbedeutend mit einer Verzichtleistung auf die materielle Existenz. Die Grubenbesitzer behaupten aber: Wir können eine solche Verzichtleistung fordern. Freilich! Kriminell ist eine solche Forderung nicht verboten, aber sie ist unfittlich. (Widerspruch rechts.) Das freie Vereinsrecht ist ein Grundrecht, das ein Bedürfniß der menschlichen Natur ist und das am wenigsten einer Bevölkerungsklasse verknümmert werden darf die desselben mehr als jede andere bedarf. Die Forderung ist aber auch unpolitisch. Es ist ein Verbrechen der wahren Interessen der Arbeiter, wenn sie die Arbeiter durch Entziehung des freien Vereinigungsrechtes auf eine niedrige Stellung herabdrückt. Nur auf dem Boden voller Rechts-gleichheit ist der Konflikt der wirtschaftlichen Interessen auszugleichen und es ist gefährlich, wenn eine Klasse der Bevölkerung ihre soziale Stellung mißbraucht, um eine andere an der Ausübung eines Rechts, das durch das

Gesetz allen Klassen gleich zugemessen ist, zu verhindern. (Beifall links.) Für die Koalitionsfreiheit haben alle Parteien, selbst die konservativen Regierungen, wir glauben daher auch, daß sie alle für dieselbe eintreten würden, sobald sie verlegt würde. Wir haben uns getraut, die Organe der Regierung und der Sozialdemokratie traten fest verbunden den Waldenburgern gegenüber, sie drücken gegenseitig ihre Artikel ab. Diese Bundesgenossenschaft sollte unsere Freunde auf der liberalen Seite des Hauses doch einiges Bedenken erregen. (Beifall links.)

Abg. Khenbach: Daß die Fortschrittspartei und die Streikenden fast identisch sind, zeigt der Beschluß der Generalräthe und der Gewerkevereine in Berlin: die Fortschrittspartei ist verpflichtet, für die Waldenburger Bergleute, von denen sie bei den Wahlen immer unterstützt ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten etc. Bald darauf erschien denn auch der bekannte Aufruf der Fortschrittspartei. Als leitende Tendenz bei der ganzen Frage wird angegeben, die Arbeiter auf die Selbsthilfe hinzuweisen, als ein Mittel, um unberechtigten Forderungen der Arbeitgeber zu widerstehe. Dann hätte aber doch, als man den Streik unternahm, das erste sein müssen, daß man über ausreichende Mittel verfügte, um die Feiern den genügend unterstützen zu können! Aber schon in den ersten Tagen der Arbeitseinstellung zeigte sich die Selbsthilfe so schwach, daß sie in öffentlichen Blättern zur Mithätigkeit anfordern mußte. Es ist nichts Geringes, wenn ein Verein es dahin bringt, daß Hunderte von Arbeitern den Wanderstab ergreifen müssen, um selbst in außerdeutschen Ländern Arbeit zu suchen. (Sehr richtig! rechts.) Die Waldenburger Bergleute waren durch ihre heutigen Verhältnisse in der Lage, Spargroschen zurückzulegen; diese sind jetzt aufgezehrt und die ökonomische Situation vieler Familien ist dauernd ruiniert. Ist denn gegenüber der Forderung nicht vollständig berechtigt, Tretet aus. Hat die Regierung, wie Herr Dunder behauptet, die Pflicht, die Produktionsfähigkeit der fiskalischen Bergwerke zu vermehren, so hat sie doch auch die Pflicht, Arbeiter von denselben fern zu halten, die jeden Augenblick bereit sind, die Arbeit zu verlassen. Das Beispiel Englands für die Gewerkevereine paßt nicht. Dort haben sich dieselben aus der Mitte der Arbeiter herausgebildet und sind eine natürliche Erscheinung; bei uns sind dieselben durch Agitatoren den Arbeitern von oben oktroyirt. (Sehr richtig! rechts.) Das ist das Gegenbild von Selbsthilfe und Selbstverwaltung. Trotz der natürlichen Entstehung der Gewerkevereine in England haben sie doch auch dort schlimme Folgen hervorgebracht. Das Arbeiterproletariat ist daselbst in rapider Weise gewachsen und die Industrie befindet sich im Rückgang gegenüber der waldenburger. Das läßt sich nur daraus erklären, daß die Arbeiter durch die Bildung der Gewerkevereine die schrecklichste Tyrannei gegen die Arbeitgeber ausgeübt und dadurch die Vermehrung des Kapitals verhindert haben. Die Forderung des Austritts aus dem Gewerkeverein ist unfittlich und unberechtigt genannt. Wenn die Grubenbesitzer erklären: „Wir wollen unsern Arbeitern direkt gegenüber stehen“ und nicht auswärtigen Personen, so ist das weder unfittlich, noch unberechtigt. Ueberhaupt zeigt das ganze Statut der Gewerkevereine, daß man bei dessen Abfassung weder die bestehenden thatsächlichen, noch gesellschaftlichen Verhältnisse gekannt hat. Unsere Knappschaftskassen sind fast so alt, wie der Bergbau selbst, sie sind mit ihm gewachsen und werden sich mit ihm weiter entwickeln. Ihr Gesamtvermögen beträgt nach der letzten Ermittlung 3 1/2 Millionen Thaler, davon kommen auf den nieder-schlesischen Verein 130,810 Thlr., dessen etwa mäßige Einnahmen 76,430 Thlr. und dessen Ausgaben 36,123 Thlr. betragen. Diese Kassen bestehen auch nach der neuen Gewerbeordnung noch gesellig; trotzdem wird nach den Statuten des Gewerkevereins die Bildung einer Krankenkasse angeordnet. Die gegen die Knappschaftskasse verbreiteten Verleumdungen können nur auf vollständigen Unkenntnis der Verhältnisse beruhen, die Verwaltung derselben wird von der Regierung aufs genaueste kontrollirt. Bis 1860 hatte die Bergwerksbehörde die Pflicht, die Bergarbeiter anzunehmen, die Löhne festzusetzen etc., durch das Gesetz vom 21. Mai 1860 ist der freie Arbeitsvertrag eingeführt. Ich weiß, daß jetzt unter den Bergleuten der Wunsch regt ist, es möge das Verhältnis vor 1860 wieder hergestellt werden. Das ist der tiefere Grund ihrer Unzufriedenheit. Die Frage kann demnach nur gelöst werden, wenn wir die Arbeiter nicht von den übrigen Gesellschaftsklassen trennen, sondern sie als Theil des Allgemeinen ansehen, wenn wir in ihnen die Ueberzeugung hervorgerufen, daß das Interesse des Arbeitgebers auch das ihrige ist. (Zustimmung links.) Dazu müssen wir aber von jedem Handelns als Partei absehen; denn nur dann werden wir die Sache wirklich objektiv behandeln können. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. (Der Kronprinz verläßt den Saal.)

Abg. Dr. Löwe theilt die humane Auffassung des Vorredners durchaus, versichert aber, daß seine Partei erst dann in die Frage eingetreten, als sie sich durch die Dämmerung der Regierung zu trüben anfing. Die Ministerialkommissionen setzen sich mit den Arbeitern nur insoweit in Verbindung, um ihnen den Austritt aus den Gewerkevereinen anzuzeigen; bei den Arbeitgebern aber wirkten sie dahin, daß die Mittel der Knappschaftskasse nicht als Waffe zur Fortsetzung des Streikes benutzt werden sollten. Diese Thatsache mag es begreiflich, daß die des Staateschutzes bedürftigen, dem Arbeitgeber wehrlos ausgelieferten Arbeiter ihre Lage verändern wollen und ein Aequivalent für den verlorenen Staatschutz suchen gegenüber dem seit jeher bestehenden Koalition der Arbeitgeber. In diesem Falle für die Arbeiter einzutreten, sollte die Sache aller Parteien sein.

Abg. Weiskirch nimmt die Arbeitgeber des waldenburger Kreises gegen unbediente Vorwürfe in Schutz. Die Statuten der Gewerkevereine seien nichts anderes als eine Kopifitation von Forderungen; bisher hätten sie keinen Segen geoffnet.

Abg. Dunder ist durch die Erklärungen des Ministers nicht befriedigt und bedauert namentlich, eine Erklärung darüber zu vermissen, daß den Lokalböden eine strikte Beobachtung ihrer gesetzlichen Schranken eingeschärft werden solle. Gerade das sei der Zweck der Interpellation gewesen. Eine Verweisung auf den Weg des Refus sei bei dem Vorhandensein eines Nothstandes nicht angebracht. Redner geht sodann auf die gegen die Organisation der Gewerkevereine erhobenen Bedenken ein und widerpricht namentlich der Behauptung, als sei dieselbe nur zur Durchführung von Streiks ins Leben gerufen. Die Agitation für die Gründung von Krank- und Invalidenkassen zeige, daß die Gewerkevereine andere, sehr ernste Aufgaben im Auge haben und mit Beharrlichkeit verfolgen. Man spreche von fremden Elementen, die durch die Organisation in die Verhältnisse der Arbeiter hineingeworfen würden und die von der Zentralstelle aus die Arbeitseinstellungen dekretiren. Ein Blick in die Statuten lehre das Gegentheil; eine Strike könne niemals von dem Zentralrath befohlen werden, sondern dieser habe nur zu beschließen, ob eine lokale entstandene Arbeitseinstellung bei längerer Dauer aus der Zentralkasse zu unterstützen sei oder nicht.

Abg. Solger: Daß durch die Organisation der Gewerkevereine, fremde, außerhalb der betreffenden Kreise stehende Elemente in das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeiter hereingezogen werden, ist unbestreitbar; es geht dies schon daraus hervor, daß die an der Spitze stehenden Herren Dunder und Pirch die Entscheidung suchen über die radikalste Waffe in den Händen der Arbeiter, über die Arbeitseinstellungen. Der beste Regulator für ein beide Theile zufriedenstellendes Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber liegt in dem eigenen Vortheil des letzteren selbst, er ist, wenn er mit seinen Mitarbeitern konkurriren will, gezwungen das physische und moralische Wohl seiner Arbeiter nach Möglichkeit zu fördern. Mit Ihren Experimenten haben Sie eine ganze Bevölkerung ins Elend geführt, ohne etwas anderes zu erreichen, als ein Fiasko.

Abg. Schulze: Selbst wenn die gegenwärtige Arbeitseinstellung resultatlos verläuft, wird die Gewerkevereinebewegung fortwähren; es ist dies die notwendige Folge des Drucks, den das Kapital auf den Arbeiter ausübt. Selbst die Gesetzgebung vermag gegen diesen Drang solche Rechtsschutzvereine zu bilden, nichts, das beweist das Beispiel von England, wo man nichts erreicht hat. Als dieses Vereinswesen in das Dunkel und Illegale hineinzudrängen. Darum ist auch die Forderung der Arbeitgeber nach Befestigung des Gewerkevereins vollkommen unberechtigt und ich bin überzeugt, sie würden das Verlangen nicht aufgestellt haben, wenn sie sich der Tragweite desselben vollkommen bewußt gewesen wären.

Abg. Hammer: Das Gewerkevereinstatut stellt im Wesentlichen dieselben Zwecke auf wie das bereits bestehende Knappschaftstatut; warum haben die Gründer der Gewerkevereine dann nicht einfach auf dem Boden des Bestehenden eine Reform angestrebt, wenn die Knappschaftsvereine ihnen reformbedürftig erschienen. Dies erweckt den Verdacht, daß die Gewerkevereine thatsächlich nur dazu dienen sollen, in Zeiten des Friedens die Mittel zur Kriegführung gegen die Arbeitgeber zu sammeln. Eine solche Tendenz, die einen permanenten Kampf zwischen dem Kapital und der Arbeit etabliert und einen der beiden Theile für diesen Kampf mit Waffen zu versehen be-

absichtigt, widerspricht direkt dem bisher von dem Abgeordneten Schulze vertretenen Prinzip der Freiheit. Das Beispiel Englands lehrt, einen wie verderblichen Einfluß die Gewerkevereine auf die gesamte Industrie ausüben; die Unternehmungslust wird niedergedrückt, Geschäftsverluste herbeigeführt, das Kapital beträchtlich verringert, kurz, sollte es den Gewerkevereinen gelingen, auch hier Grund und Boden zu gewinnen, so würden wir in Kurzem in der Lage sein, mit unseren Produkten auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurriren zu können. Dieser Entwicklung einen Damm entgegenzusetzen, dazu giebt uns die heutige Debatte eine ernste Aufforderung.

Damit ist die Interpellation erledigt und das Haus wendet sich der Kreisordnung zu um ohne Debatten von Belang die §§ 32-33 (Aufhebung der mit gewissen Grundrücken verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zum Schulzennam) in der Fassung der Vorlage anzunehmen. Nur in § 31 wird auf den Antrag des Abg. v. Fennig nicht die Bezirksregierung, sondern der Kreisausausschuss mit der Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde und dem Besitzer des Schulzennam, sowie mit der Prüfung und Befestigung des Rezeses betraut. In demselben Sinne wird § 38 amendirt. Die Vorberatung bleibt vor dem wichtigen 4. Abschnitt stehen, der von den Amtsbezirken und dem Amtshauptmann handelt. — Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 18. Januar.

— Der Predigtamtskandidat Schulz ist zum Pfarradjunkten in Wilkowitz, Diözes Gnesen, und Predigtamtskandidat Jakobowski zum Pfarrer in Gombitz, Diözes Schönlanke, berufen worden. — Die Hilspre-digerstelle in Kempen, mit welcher ein Einkommen von 500 Thlr. jährlich verbunden ist, ist vakant. Bewerber um diese Stelle müssen der pol-nischen Sprache mächtig sein.

E. O. Der Pranger oder die Rolands säule vor dem Rathhause wird in E. Dehlshlagers Geschichte und Beschreibung der Stadt Posen, welche in Bezug auf die Geschichte der älteren Zeiten vorzugsweise auf dem Werke des Historikers Lukasewicz: Obraz historyczno-statystyczny miasta Poznania w dawniejszym czasach basiert, 4 Mal erwähnt. §. 44 heißt es: „Eine Menge läderlicher Frauenzimmer trieb sich zu jenen Zeiten auf den Straßen der Stadt umher. Waren dieselben von auswärts, so wurden sie, wenn die Stadtdiener ihrer habhaft wurden, am Pranger vor dem Rathhause mit Ruthen geprügelt und zur Stadt hinausgeführt.“ §. 53 wird weiter angeführt: „Von Zeit zu Zeit wurden von besonders dazu be-rufenen Kommissionen Revisionen in den Kellern der Weinhändler angestellt; verfaßelter Wein wurde mit dem Namen des Weinhändlers an den Pranger gestellt und dem Henker übergeben, der ihn entweder laufen ließ oder für sich behielt.“ (Die Weinwirthe mußten nach einer Verordnung vom Jahre 1580 den Eid leisten, daß sie nur guten unverfälschten Wein ver-lausen würden. Der Wein wurde durch Weinsmecker auf seine Güte geprüft.) — §. 55 heißt es ferner in Bezug auf den städtischen Centre: „Derseibe voll-zog die Hinrichtungen auf einem Schaffot vor der Rolands säule (Pranger), dem Beichen städtischer Gerichtsbarkeit; auch stand ein gemauerter Galgen außerhalb der Stadt (auf der Wilba). Dort hatte er monatlich zu residiren, ob die gekerkerten auch noch am Galgen hingen und die aufgedickten Viertel der Seiwertigkeiten oder die Leichen der aufs Rad geschlochtenen noch an ihrem Plage sich befanden.“ — §. 197 wird endlich angeführt, daß der Pranger (die Rolands säule) das Beichen der städtischen Gerichtsbarkeit, im Jahre 1535 errichtet wurde und bisweilen noch bis zum Jahre 1849 benutzt worden ist. — Was nun das Kriminalverfahren in jenen Zeiten betrifft, so hatte der Vogt (wóyt, advocatus) welcher die Funktionen eines Kriminaldirektors versah und zum Magistratskollegium gehörte (s. §. 50) nach §. 54 mit den Schöffen in Kriminalsachen das Urtheil zu fällen. Der Vogt hatte nach dem i. J. 1298 der Stadt durch Wladislaus Volietel ver-liehenen Rechte das jus gladii, d. h. das Recht, Todesurtheile zu fällen. Die Schöffen (Scabini), deren Anzahl nach einer Verordnung des Königs Johann Sobieski v. J. 1691 sich auf 12 belief und an deren Spitze ein Erstschöffe stand, waren nach altem Stadtrecht (Magdeburger) Rechte, welches die Stadt nach der Stiftungsurkunde vom Jahre 1263 besaß (secundum formam Medburgens civitatis, wie es in der Stiftungsurkunde heißt), die Beifitzer des Kriminalgerichts, an dessen Spitze der Vogt stand, und wur-den alljährlich durch die Bürgermeister und die Rathsherren gewählt. Von dem Urtheile der Schöffen und des Vogtes konnte an das Schloßgericht, an dessen Spitze der General von Großpolen stand, so wie an das Hof-gericht zu Warchau, resp. den König appellirt werden.

— Der Provinzial-Sängerbund begehrt in diesem Jahre in unserer Stadt sein zehntes Provinzial Sängerfest. Dasselbe wird vom 21 bis zum 23. Juli d. J. stattfinden.

— Das Florentiner Quartett wird leider nur ein einziges Konzert hier veranstalten. Einen Hinweis auf die großartigen Leistungen dieser Künstler glauben wir uns ersparen zu können. Um den Siedrungen nicht ausgelegt zu sein, welche der Eintritt des zu spät kommenden Publi-kums so häufig verursacht, ist die Einrichtung getroffen worden, daß wäh-rend des Spiels die Thüren geschlossen bleiben und nur in den Pausen geöffnet werden.

— Verkauf. Das Wü h r m a n n s e Grundstück, St. Martin 73, gerichtlich abgetheilt auf 35,550 Thlr., wurde in dem Subhastationsstermine an 17. d. M. von Herrn Dr. Studniarski für den Betrag von 27,800 Thlr. erstanden.

— Quempas. Aus Kofen schreibt man uns: Keulich wurde Ihnen aus Schmiegel berichtet, daß in der dortigen evangelischen Kirche ein eigenümlicher Christnachtsesung, „Quempas“ genannt, in Gebrauch sei, der ziemlich mo oton klinge. Auch hierorts ist das Singen des „Quempas“ in der Christnacht eingeführt, aber in der Weise, daß die Gesänge gleich nach dem Engangsbenedicten gefungen und gleichsam als liturgische Gesänge verwendet wurden. Der sogenannte „Quempas“ wird in 4 Theile getheilt und nach jedem Theile verliest der Geistliche vor dem Altar die auf die Gesänge passenden Bibelabschnitte. Diese Einrichtung, namentlich wenn die Gesänge recht gut zweifelhimmig von den einzelnen verheilten Theilnehmern (Chöre genannt) vorgetragen werden, ist besser, als die, nach welcher die Chöre nach der Predigt sämtliche Gesänge hintereinander forsingen, und erscheint dann auch die im Dreitaft geschriebene rhytmische Melodie, welche „Quempas“ namentlich „heißt, durch das öftere Wiederholen nicht so monoton, als wie bei der letzteren Einrichtung. In den alten evangelischen Gemein-den wurde früher nach der Melodie der lateinische Text gefungen, später wurde der deutsche Text, „Den die Hirten lobten sehr“ eingeführt und gegenwärtig wird namentlich in fast allen Gemein-den im westlichen und süd-lichen Theile unserer Provinz der Text „Hört, was heult die Engel singen“ gefungen; die Melodie selbst hat im Laufe der Zeit einige Variationen zu er-lieben gehabt. Immerhin ist das Singen des „Quempas“ für die Kinder, welche den Gesang gewöhnlich so nennen, eine ungememe Freude, welche sie schon lange vor Weihnachten in Aufregung bringt.

— S. Dulz, 14. Jan. [Schon wieder ein Eisenbahnunglück.] Gestern Abend zwischen 7 und 8 Uhr, als auf der Märkisch-Posener Eisen-bahn der Arbeitszug von Dulz nach Buk zurückfuhr, ist der Maurer August Schulz von hier, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach im angetrunkenen Zu-stande zwischen den Schienen schlafend lag, überfahren und der Kopf vom Stampe getrennt worden, ohne andere Gliedmaßen zu verletzen. Dem Fahr-personale ist bei diesem Unglück keine Schuld zugemessen.

— A. — Kofen, 13. Januar. [Worschuß-Verein. Konfordia-verein. Schulbeiträge und Steuern.] Sonntag den 9. d. Mts. Nachmittags fand im Saale des Salkwitz'schen Sonntagskaffee die statuten-mäßig festgesetzte Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins, der zu den eingetragenen Genossenschaftlichen gehört, statt, welche ziemlich zahlreich besucht war. Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes, Herr Justizrath Brochvogel, trug den Rechenschaftsbericht des Jahres 1869 vor. An Dar-lehnen sind bewilligt worden inkl. der aus dem Jahre 1868 übertragenen Summe von 2682 Thlr. (nebst mit Hinweglassung der Sgr. und Pf.) und der Prolongationen zusammen 23,344 Thlr. Hieraus sind 17,057 Thlr. zurückgezahlt worden, mithin stehen noch 6347 Thlr. aus. An Zinsen sind im Jahre 1869 nach Abzug der im Voraus vereinnahmten Binsen von 71 Thlr., 356 Thlr. eingekommen. Die Betriebsmittel des Vereins bestehen im Ganzen in einem Kapital von 6318 Thlr.; hiervon kommen auf den Reservefonds 83 Thlr., auf das Guthaben der Mitglieder 2020 Thlr., 3379 Thlr., welche der Verein schuldet und auf Spareinlagen 335 Thlr. Den Gläubigern des Vereins wird an Binsen geschuldet: 65 Thlr., gezahlt sind pro 1869 113 Thlr., also Summa der Binsen 178 Thlr., davon sind 15 Thlr. im Voraus bezahlt. An Einrichtungs- und Verwaltungskosten

(Fortsetzung in der Beilage.)

Bekanntmachung.

Das Grundstück **Gorzyn Nr. 71**, der hiesigen Stadt-Gemeinde gehörig, gegenwärtig im Pachtbesitz des **Aderswirts Walsigorski**, soll auf ein Jahr vom 1. April c. ab im Wege der **Liquitation** verpachtet werden. Hierzu haben wir Termin auf

Freitag den 11. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr,

im Rathhause anderamt. Die näheren Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 13. Januar 1870.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch den 26. Januar c.**, um 11 Uhr Vormittags, soll ein ausstrangierter zweifelhafte **Pofswagen** auf dem hiesigen Posthofe im Wege der Auktion unter Vorbehalt des Zuschlags der Ober-Post-Direktion meistbietend verkauft werden.

Drei Tage vor dem Verkaufstermine wird derselbe in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr zur Ansicht ausgestellt sein.

Posen, den 15. Januar 1870.

Ober-Post-Direktion.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Reifbedarfs an **Woggen** und **Safer** für die Magazine der königlichen Depot-Magazin-Verwaltung in Lützen pro 1870 von ca. 400 Centner Woggen und 2500 Centner Safer soll im Wege des öffentlichen Submissions-Verfahrens verbunden werden.

Zu diesem Behufe ist ein Termin auf **Montag den 24. Januar c.,**

Vormittags 9 Uhr,

bei dem königlichen Proviant-Amt in Slogau anderamt, zu welchem Lieferungsanfertiger Produzenten und andere qualifizierte Unternehmer hiermit aufgefordert werden, ihre schriftlichen Offerten versiegelt unter Kreuz-Couvert mit der Aufschrift:

„Submission auf Magazin-Lieferung

für die königliche Depot-Magazin-Verwaltung in Lützen pro 1870“ dem vorerwähnten Proviant-Amt rechtzeitig einzuliefern.

Hierbei wird gleichzeitig noch besonders auf die §§ 3 und 8 der bei dem Proviant-Verstern in Posen und Slogau, sowie der Depot-Magazin-Verwaltung in Lützen zu Jedermanns Einsicht ausliegenden Lieferungs-Bedingungen aufmerksam gemacht, nach welchen jedes beliebige Woggen- und Saferquantum zur Lieferung offeriert werden kann und den Produzenten hinsichtlich der Kautions-Bestellung jede irgend zulässige Erleichterung gewährt wird.

In den Offerten sind neben dem Quantum, welches zu liefern beabsichtigt wird, die Einlieferungs-Termine für die jedesmaligen Quantitäten und die Preise in Zahlen und Worten pro Centner a 100 Pfund, beim Woggen im Mindestgewicht von 80 Pfund, beim Safer im Mindestgewicht von 48 Pfund pro Berliner Scheffel, blank Eisen gefächert, anzugeben.

Posen, den 13. Januar 1870.

Königliche Intendantur

5. Armeekorps.

Der über das Vermögen des Kaufmanns **K. Zupanski** in Posen eröffnete Konkurs ist durch rechtskräftig bestätigten Aktord beendet.

Posen, den 10. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Zivilsachen.

Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 1153 die Firma **D. Grodzka** zu Posen, und als deren Inhaberin die Kauffrau **geb. Grodzka, Ottilie** geborene **Tasinska** dafelbst zufolge Verfügung vom 8. Januar 1870 heute eingetragen.

Posen, den 10. Januar 1870.

Königliches Kreis-Gericht

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Wreschen, den 23. Oktober 1869.
Königliches Kreis-Gericht zu Wreschen.

Die zu **Lipie** unter Nr. 4, 5, 12, 14, 16 A, 16 B, 19 und zu **Gorzyn** unter Nr. 21 belegen, dem **Theophil Przyniński** und dessen Ehefrau **Baletka geb. Barczewska** gehörigen **Grundstücke**, abgesehen auf 5817 Zhlr. 12 Sgr. 6 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage soll

am 13. Juni 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastriert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus dem Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden. Die nachbenannten Interessenten, deren Aufenthalt oder Rechtsnachfolger nicht zu ermitteln sind, werden hiermit öffentlich vorgeladen:

die **Josephina Rutkowska**, verehelichte **Ignaz Ciezniak**.

Alle unbekanntenen Realpräsidenten werden zu diesem Termine bei Vermeidung der Präklusion vorgeladen.

Posen, den 13. Januar 1870.

Der Magistrat.

Glashütten-Verpachtung!

Eine Glashütte in **Schlesien**, mit 2 Hohl- und 2 Tafelgläsern, an der Eisenbahn gelegen, ist mit kompletter neuerer Einrichtung mit oder ohne Vorzüge unter günstigen Bedingungen zu verpachten.

Dieserenten erfahren das Nähere durch die Annoncen-Expedition von **Sachse & Comp.** in Breslau sub **Mr. # 12.**

Konkurs - Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu **Schrimm,**

Erste Abtheilung.

Schrimm, den 12. Januar 1870,

Nachmittags nach 4 Uhr.

Ueber das Vermögen des Handelsmanns **Marcus Gopp** von hier ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung vorläufig auf den 10. Januar 1870 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kanzlei-Dirigent **Wiedmer** hier selbst bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 24. Januar 1870,

Mittags 12 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath **Trentler** anberaumten Termin ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Befestigung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben. Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

31. Januar 1870 einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

21. Februar 1870 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 28. Februar 1870,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath **Trentler** zu erscheinen. Nach Abhaltung dieses Termins wird gegebenenfalls mit der Verhandlung über den Aktord verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Demjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwält **Walleter, Baurmeister, v. Liffecti und Karpiński** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Schrimm, den 12. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu **Posen,**

Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 7. Dezember 1869.

Das der **Witwe Barbara Grzeskiewicz geb. Manica** und der **Apollonia geb. Grzeskiewicz und Vladislaus Marrecki** sehen Eheleuten gehörig, unter **Nr. 163** zu **Żerzyce** belegen, **Rullatshausen** genannte Etablissement, abgesehen auf 3089 Zhlr. 6 Sgr. 8 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Tage soll am

25. April 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastriert werden.

Nachlaß-Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich **Mittwoch den 19. Januar c. und Donnerstag den 20. d. Mis.,** von früh 9 Uhr ab, in der **Dederischen Buchdruckerei, St. Martin, 2 Treppen hoch, den** **Brzozowski** sehen Nachlaß, bestehend aus

Betten, Bekleidungsstücken, guter Tisch u. Bettwäsche, Möbel, Gardinen, Bildern, Glas-, Porzellan-, Kupfer-Geschirr, sowie verschiedene Haus- u. Wirthschaftsgeräthe, öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkaufen.

Rychlewski,

königl. Auktions-Kommissarius.

Provinz Posen.

Ein **Rittergut**, 1/2 Meile von der Kreisstadt **Pleschen**, ist unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen.

Dasselbe enthält ein Gesamt-Areal von **3040 Morgen**, darunter **200 Morgen** Forst, im Lagewerthe von **20,000 Zhlr.**

oder zum größten Theil Boden I. Klasse, Schloß mit **20 Bimmern** und einem wohlgepflegten Park.

Inventar vollständig. Gebäude in gutem Bau-Zustande.

Zu näherer Auskunft und zur Vermittelung ist ermächtigt

Thom Musielewicz,

Kaufmann in **Pleschen.**

Nachlaß - Auktion.

Freitag den 21. Januar von früh 9 Uhr ab werde ich **Langestraße Nr. 4** (grüner Platz) eine **Treppe fein geschnitten, gut gepolsterte Mahagony- (Wiener) Möbel,** als **Sophas, Fauteuils, Tische, ein Damenschreibtisch, Trümeaux mit Marmorconsolen,**

um **12 Uhr** einen gut erhaltenen **Flügel,**

ferner **Delgemälde, Ampeln, Teppiche, Koffer, Tisch- und Bettwäsche, Bekleidungsstücke, Gardinen, Rouleaux, Kupfer-, Porzellan-, und Glas-Geschirre,** sowie verschiedenartiges **Haus- und Wirthschaftsgeräth** öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkaufen.

Rychlewski,
königl. Auktions-Kommissarius.

Wirklich günstige Guts-pachtungen
von 1000 bis 6000 Mg. — aus erster Hand — erfahre. Selbstpächter bei **Serrmann Lesser,** Berlin. Bauhof 1.

Ein Obst- und Gemüsegarten ist zu verpachten.
H. Engelmann.

Ein Garten mit Restaur. oder Schank in oder bei **verkehrtich, Stadt der Prov.** wird auf **Obern** zu pachten gesucht.
Sypniwo bei **Wandburg i. B. Pr. K. Hermann, Gärtner.**

Ich habe mich in **Klecko** etabliert.
Dr. Zielewicz,
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Stropp's Hôtel
zum **Ruffischen Hof.**
Berlin, Französische-Str. 8,
beste Gegend dicht an den Linden und Schauspielhaus, **neu eingerichtet,**

halte ich mit **schönen** Bimmern von **15 Sgr.** ab, sehr guten Speisen und Weinen aufmerksamer Aufnahme bei **billigen** Preisen, den geehrten Herrschaften bestens empfohlen.
Pension mit allem Comfort von 8—14 Zhlr. p. Woche.
V. Stropp.

Alle Näharbeiten werden billigt angefertigt, die **Elle** Steppbaum zu 2 Pf., **Friedrichstr. 10, 2 Treppen hoch.**
P. Mechow.

Es wünscht eine **Dame** noch zwei junge Mädchen in Pension zu nehmen. Im **ersten Galdborffstraße Nr. 17,** im zweiten **Stod.** links.

Gypsmehl,
fein pulverisirt und cylindriert, empfiehlt als Zusatz zur Bekreuerung des Dünges in Stallungen und namentlich dessen, der im Winter auf das Feld ausgefahren wird, einzeln mit 7 1/2 Sgr. 1000 Centner mit 7 Sgr. pr. Centner

die **Gypsgrubenverwaltung** zu **Wayno pr. Srebrnagora.** Per Bahn ist das Gypsmehl in **Wagons** zu 100—200 Ctr. durch Vermittelung von **Otto Guericke & Co.** aus **Natol** zu beziehen.

Naps- und Leinfuchsen
ab hier und allen Bahnstationen empfiehlt billigt
Manasse Werner,
Gr. Gerberstr. 17.

Obstbäume.
Birnen-, Aepfel- und Kirschbäume sind in den besten Sorten zu haben auf dem
Dom Kobylepole bei Posen. Bestellungen sind zu machen bei dem unterzeichneten Gärtner **H. Friedrich.**

Sämereien
empfang und empfiehlt in frischer und guter Qualität die
Kunst- und Handelsgärtnerei
von **Albert Krause,**
Posen, Schützenstr. Nr. 13/14, unweit der **Ceglitzischen** Dabrit.

Frische rothe Kleesaat
verkauft das **Dominium Piotrowo** bei **Posen.**

Madriider 100-Frcs.-Loose, Zinsen tragend à **14 1/2 Zhlr.**
Bukarester 20-Frcs.-Loose à **5 1/3 Zhlr.**
Venetianer 30-Frcs.-Loose à **6 1/3 Zhlr.**

Nächste Ziehung am 31. Januar c.
Hauptgewinne 100,000 Francs etc.

Auswärtige Aufträge werden prompt und umgehend effectuirt.

Siegmund Sachs,
Posen, Markt 87.

Wer gute **Kochmohrrüben** zu verkaufen hat, lege seine Adresse unter der Angabe des Preises pro Scheffel in der Expedition dieser Zeitung unter **N. 10** nieder.

Preß-Palmkuchen
I. Qualität,
empfehlenswerther **Kraft-Butterfoc**, offerirt
Naumann Werner,
Wilhelmsstraße 18.

Gutes Heu, Futter- und Streu-Stroh kauft per Cass. loco hier das **Dominium Boloschowo** bei **Dwinsk.**

Eine Fuchsstute, militärfromm und seblert, ist sofort zu verkaufen **Schützenstr. 3**

Auf dem **Dom. Gowarzewo** bei **Schwerz** steht der **Schimmelhengst Maxwell**, im **Friedr. Wilh.-Gestüt** gezogen, als **Beschäler** und frommes **Reitpferd** zum billigen Verkauf. Ebendasselbst sind auch **2 mecklenburger Stuten** als **Kutschpferde**, **6 Jahre** alt, zum Verkauf.



Zwei Wagenpferde, Hengst und Stute, **Fuchse**, **6"**, sind zu verkaufen in **Gazawy** bei **Samter.**

Auf dem **Dom. Pudliszki** bei **Kröben** stehen **1/2** bis **2jährige Bullen (Holländer)** zum Verkauf.
Das Wirthschaftsamt.

Donnerstag den 20. d. M. bringe ich wieder mit **dem Frühluge** einen großen **Transport** frischmelender **Rehrücher Käse** nebst **Käbern** in **Keilers Hotel** zum **Engl. Hof** zum Verkauf.
J. Klakow, Viehhändler.

Bock-Auktion
in **Kosainen** bei **Marienwerder** in **Westpreußen.**

Am Montag den 24. Januar, 12 Uhr **Mittags,** über **54 Stück Vollblut-Böcke** des **Rambouillet-Stammes** und **Merino-Kammwoll-Böcke** (Lebendgewicht **150 Pfd.**) **Minimal-Preise 25—60 Zhaler.** Verzeichnisse auf **Wunsch** verfanbt.
Richter.

Biegen Veränderung des Züchtungs-Prinzips stehen in der **Schäferei** des **Dom. Trzeclino** bei **Stenzewo** **9 Negretti-Sprung-Böcke** preiswürdig zu **sofortigem** Verkauf.
In Kokosyn Nr. 2 bei **Earnowo** sind **30 Zuchtschafe mit Lämmern** und einige **Schafrauen** wegen **Veränderung** der **Wirthschaft** zu verkaufen; auch ist **dieselbst** die **Gastwirthschaft** mit **3/4 Morgen** Land **u. c.** von **George** auf ein oder mehrere Jahre zu verpachten.

Bekanntmachung.
Für das **Geschäftsjahr** vom **1. Dezember 1869** bis zum **1. Dezember 1870** wird die **Bekanntmachung** der **Eintragungen** in das von uns **geführte** **Handelsregister** durch den **königlichen** **Preussischen** **Staats-Anzeiger,** die **Posener** **Norddeutsche** **Zeitung** und die **Berliner** **Börsezeitung** erfolgen. Die auf die **Führung** des **Handels-Registers** sich beziehenden **Geschäfte** sind dem **Kreisrichter** **Plath** unter **Mitwirkung** des **Kanzleibekretärs** **Dehm** übertragen worden.
Bongrowiec, den 1. Dezember 1869.
Königliches Kreis-Gericht,
I. Abtheilung.

Strohüte
zum **Waschen, Färben** u. **Modernistren** werden **Behufs** **prompter Rücklieferung** **baldigst** erbeten.
Reizende diesjährige Facons sind schon jetzt **eingetroffen.**
W. Gudat,
Wilhelmsstraße Nr. 13.

Wiener Extract-Kaffee-Maschinen,
Wiener u. Offenbacher Lederwaaren,
Regenschirme u. Gummischeuhe,
Echt russische Boots, Schützen-, Velociped- und Lincolnhüte offeriren in **größter Auswahl** zu **auffallend billigen Preisen**
Russak & Czapski,
Markt 82.

Dr. Béringuier's Kronen - Geist
(Quintessenz d'Eau de Cologne)
à Flasche **12 1/2 Sgr.** und **7 1/2 Sgr.**
Aus den **belebenden** und **stärkenden** **Theilen** der **auserlesensten** und **kostbarsten** **Ingredienten** der **Pflanzenwelt** destillirt,
dient diese **herrliche** **Essenz** nicht nur als **köstliches** **Riech-** und **Wasser,** sondern auch zur **Erfrischung** der **Lebensgeister** und zur **Stärkung** der **Nerven.**

Dr. Béringuier's KRÄUTER-WURZEL-OEL
in **grösseren** **Flaschen** à **7 1/2 Sgr.**
Erprobt als ein **zuverlässiges** und **wohlfeiles** **Cosmeticum** zur **Erhaltung,** **Regenerirung** und **Verschönerung** der **Haupt- und Bart-haare,** sowie zur **Verhütung** der **so lästigen Schuppen- u. Flechtenbildung.**
Alleinverkauf für Posen bei **Hermann Mögelin,** **Bergstr.** **Nr. 9,** Ecke der **Wilhelmsstrasse,** sowie auch **Birnbaum:** **L. Stargard, Bromberg:** **Theod. Thiel, Fraustadt:** **Carl Wetterström, Grätz:** **Louis Streisand, Inowracław:** **J. Lindenberg, Krotoschin:** **A. Levy, Lobsens:** **C. A. Lubenau, Nakel:** **A. Podgorsky, Neutomysl:** **W. Peikert, Ostrowo:** **C. E. Wikura, Pleschen:** **J. Joachim, Rawicz:** **R. F. Frank, Schneidmühl:** **Louis Weber,** und für **Wollstein** bei **E. Anders.**

Chemiker Dr. Hauck's **ozonifirter Dorschleberthran** à **Flasche 12 1/2 Sgr.** bei **Schwindsüchten, Kropf- und Nervenleiden** **u. c.** **vielfach** **bewährt,** ist in **Posen** nur allein bei **Herrn Hof-Apotheker** **Dr. Mankiewicz** zu haben.
 Frostbalsam,
bestes **Mittel,** **Frostbeulen** **schnell** zu **beseitigen,** und **dem Auffpringen** der **Haut** **vorzubeugen,** à **Fl. 5 Sgr** in **Dr. Mankiewicz's** **Apothete.**

Wiener Herren-Stiefel, Englische Patent-Re-genschirme, Petersburger Gummi-schuhe

Louis Levy, Friedrichsstr. vis-a-vis der Postuhr.

Tüll-Gardinen und Tüll-Rouleaux, Teppiche, Tischdecken, Möbel- u. Portieren-Stoffe

Nr. 1. E. Tomski, Neuestraße.

Rehe und Hasen Isidor Busch, Sapiechaplaz 2.

Hochrote süße Apfelsinen, safr. Citr., franz. und türkische Cotbar-Pflanzen, geschält. Bod-ohst, Prunellen, empf. bill. Kletschoff.

Am 8. Februar beginnt die zweite Classe der K. Pr. 141. Staats-Lott.

Hierzu verkauft und versendet Loose: 1/1 1/2 1/4 1/8 1/16 1/32 1/64

Alles auf gedruckten An-theilscheinen, gegen Postvorschuss oder Einzahlung des Betrages

Berlin, Leipzigerstrasse 94. Die im Laufe der letzten zehn Jahre wiederholentlich in mein Debit gefallenen grossen Gewinne veröffentliche zur I. Klasse dieser Lotterie.

Eine Wohnung von 4-5 Stuben mit Bus behr wieh vom 1. April bis 1. Juli c. ge-sucht. Offerten unter N. N. nimmt die Ex-pedition dieser Zeitung an.

2 möblirte Zimmer zu vermieten vom 1. Februar Sandstraße 10.

St. Martin 4 ist vom 1. Januar t. J. ein Eisteller zu vermieten.

Ein Laden in der Wasserstraße sofort zu beziehen. Schöne Parterre-Wohnung v. 1. April. Näheres Wasserstr. 25, im Laden.

Ein möbl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zu vermieten Jacob Czapski, Markt 95.

Ein Commis, welcher im Kurzwaaren-Engros-Ges-chäft am hiesigen Platze thätig war, sich auch für die Reize und schriftlichen Arbei-ten qualifizirt, findet bei mir sofort oder per 1. März c. Engagement.

S. Dienstag. Ein tüchtiger Mühlenwerkführer

zu einer holländischen Windmühle mit Selbst-Regulirung findet sogleich bei freier Wohnung, Deputat ic eine gute Stellung. Kautio von 100 Thlr. ist beim Antritt zu erlegen.

Ed. v. Schkopp in Znowraclaw. Für eine bereits eingeführte inländische Feuer-Versicherung wird ein Generalagent für Posen gesucht. Adressen unter G. L. in der Expedition dies. Blatt.

In unserem Verlage sind erschienen: Haushaltungs-Kalender für das Groß-herzogthum Posen und die angrenzenden Provinzen auf das Jahr 1870. (Die geehrten Käufer dieses Kalenders erhalten 6 prachtvolle Illustrationen nachgeliefert.) Preis pro Duzend 2 Thlr. 2 1/2 Sgr., einzeln 7 1/2 Sgr.

Kalendarz polski i gospodarski dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Pański 1870. Tu-zin 2 tal. 25 gr., pojedynczo 10 sgr.

Comptoir-Kalender auf das Jahr 1870. Preis 2 1/2 Sgr. Posen, 1870. Die Berl. gshandlung W. Decker & Co.

Bei Hermann Gruning in Hamburg ist soeben erschienen und in allen Buchhand-lungen zu haben: Die öffentliche Sittenlosigkeit.

Entgegnung auf die gleichnamige Schrift des Centralauschusses für die innere Mission. Zum erstenmal eine schlagende Widerlegung der in der Schrift des Centralauschusses aufgestellten Behauptungen und eine urkundliche Beleuch-tung des wahren Wesens der Prostitution mit besonderer Bezugnahme auf Berlin und Ham-burg 34 S. gr. 8. elegant geb. 3 Sgr

Koch gesucht. Ein in seinem Fache perfecter, unverheira-theter Koch, der gute Zeugnisse aufzuweisen hat und der deutschen Sprache kundig sein muss, wird gegen guten Gehalt nach ausserhalb der Provinz gewünscht. Offerten, denen Abschriften der Zeugnisse beizulegen sind, nimmt die Expedition dieser Zeitung sub F. E. O. 700.

Auf dem Dom. Treemzal bei Trze-mesno wird zum 1. April ein unverheirateter Wirthschafts-Beamter gesucht. Gehalt 100 Thlr.

Ein Konditorgehilfe kann so-fort eintreten beim Konditor Ulrich in Schrimm.

Ein Hofverwalter der deutschen und pol-nischen Sprache mächtig der zugleich Rechnungs-führer und unverheiratet, wird bei 100 Thlr. Gehalt und freier Station gesucht sofort in Polanowice bei Kruschwitz Atteste ic. an Ober-Inspektor Schmidt daselbst ein-zureichen.

Das unterzeichnete Dominium sucht zum 1. April einen unverheirateten Gärtner, der zugleich als Diener fungiren soll. Darauf Reflektirende wollen sich persönlich melden oder die nöthigen Atteste ein-senden. Dominium Altomyśl bei Neutomysl, den 12. Januar 1870.

Ein Kommis, Materialist, der auch Kenntniss in der Buch-führung besitzt, sucht als solcher oder auch in anderen Geschäftszweigen Stellung. Adressen werden unter J. F. 422. in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Intelligente junge Leute werden als Sub-scribentensammler angenommen. Auch wird ein junger Mann, der Kautio stellen kann, zum Abtragen bereits bestellter Schriften für die Provinz gesucht.

Näheres zu erfragen in der Vereinsbuch-handlung Carl Tanne, Wasserstr. 281.

Ein verh. tüchtiger Kunst-Gärtner, 31 J. alt, sucht auf Ostern herrschaftl. Stel-lung Gef. Off. sub O. S. poste rest. Fiechne

Eine Erzieherin sucht zum Unterrich-t für jüngere Kinder und Stütze der hausfrau vom 1. April d. J. Stellung. Gef. Offert. un-der Chiffre E. M. 12. poste restante Kofitnica.

Annouco. Ein praktischer Deconom mit guten Zeug-nissen sucht eine Stellung als 2. Beamter (sofort anzutreten). Adresse unter H. E. bei Gastwirth Band, Birte.

Eine goldene Kapsel (mit Herrenportr.) ist heute Morgen auf St. Martin (zwischen Ritter- und Wilhelmstraße) verloren worden. Der ehrliche Finder, welcher sie in der Exped. d. Btg. abgibt, erhält 20 Sgr. Belohnung.

Die Hasen in Janikowo und Kozięglow

sagen hiermit den Schützen der letzten Treib-jagd für gütige Schonung den wärmsten Dank.

Carle! Carle! am Eismeer im Schnee Fürchtest Du weder Bären noch Luchs, Hier bei Posen fürchtest Dich weder Has noch Fuchs!

Dein Jägerruh, Nimrod, wo bleibt er, o weh! Die bewussten 39 Davengelauenen.

Bei meiner heutigen Aoreise nach Opatyn. in Folge Verletzung, sage ich allen lieben Freunden und Bekannten ein herzliches Lebe-wohl. Posen, den 18. Januar 1870.

F. Birkhold, Eisenbahn-Station-Vorsteher.

Unserm Bruder Dellvien zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnern-des Begehoh. Die Bruderschaft Breslau und Posen

M. 19. I. 7 U. J. II.

Stadt-Theater in Posen. Dienstag den 18. Jan. Gastspiel des Fräul. Holland. Der Maurer und der Schlosser.

Wittwoch den 19. Jan. Auf vieles Ver-langen zum fünften Male: König Hammon. Dramatisches Zeitgemälde in 5 Akten von Poly Henricson.

Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit des hochgeehrten Publikums auf das heutige Stück zu lenken, welches unter den dramati-schen Werken der Gegenwart die weiteste Ver-breitung und größte Anerkennung gefunden hat.

F. Schwemer.

Bazar-Saal. Freitag den 21. Januar 1870, Abends 7 1/2 Uhr, Concert

von Michael Hertz, Pianist.

Programm: Fantasie F-moll Chopin. Sonate in Cis-moll Beethoven. Nocturne G-moll Chopin. Concert F-moll Weber. Ballade G-moll Chopin.

Nocturne Mazurka Hertz. Serenade Polonaise Es-dur Chopin.

Billets zu nummerirten Sitz-plätzen à 1 Thlr. sind zu haben in der Hof-Musikhandlung von Ed. Bote & G. Bock.

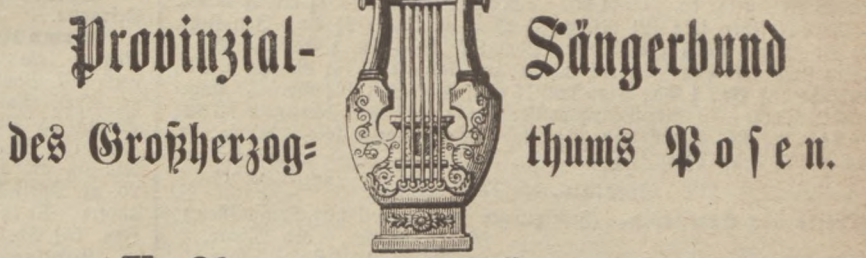
Ed. Bote & G. Bock.

Dem scheidenden Bahnhofs-Inspector Herrn Birkhold sagen die Arbeiter des Bahnhofes Posen für seine grosse, allezeit ihnen erwiesene Fürsorge und Güte, Gerechtigkeit und Milde ihren aufrichtigen und herzlichen Dank.

Die israel. Kranken-Verpflegungs- und Beerdigungs-Gesellschaft beabsichtigt, eine Anzahl junger tüchtiger Männer und Frauen in einer Krankenwarteanstalt zu Krankenwärtern und Wärterinnen ausbilden zu lassen, um dieselben später aus-zustellen.

Qualifizierte Persönlichkeiten wollen ihre schriftliche Meldungen bei Herrn Moritz Eichhorn, Breitestraße 12, einreichen.

Der Vorstand der israel. Kranken-Verpflegungs- und Beerdigungs-Gesellschaft



Das X. Provinzial-Sängerfest findet am 21, 22, und 23. Juli d. J. zu Posen statt. Sämmtliche Ges-angvereine werden zu demselben eingeladen. Anmeldungen bitten wir recht bald an uns ergehen zu lassen.

Der Vorstand des Provinzial-Sängerbundes des Großherzogthums Posen. Jul. Gürich. G. Hoeven. R. Kirschstein. Jul. Lehmann. Dr. Mayer. Paul Schnibbe. A. Vogt.

Volksgarten-Saal. Heute Dienstag den 18. Januar großes Concert u. Vorstellung.

Quartettgesang - Couplet - Kom. Scenen und Duets - Gymnastik. Entree an der Kasse 5 Sgr., Tagesbillets 3 Sgr. - Anfang 7 Uhr.

Emil Tauber. Täglich frische Solst. Auffern à Duzend 15 Sgr.

empfehl Julius Buckow, Wein-Großhandlung, Wilhelmplatz 15.

Schluss der Kunst-Ausstellung naturgetreuer Stereoscopen auf Glas im Bazar

den 31. Januar 1870. Täglich von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends geöffnet. Entrée pro Person 7 1/2 Sgr., das halbe Duzend 1 Thlr.

Die Ausstellung ist auch am Tage mit Gas beleuchtet.

Circus Wulff in der Kleinen Ritterstraße. Heute Mittwoch den 19. Januar, Nachmittags 4 Uhr:

Lezte große Kindervorstellung zu den bekannten ermäßigten Preisen. Abends 7 1/2 Uhr: Vorlezte Hauptvorstellung zum Benefiz für die junge Kunstreiterin Clotilde Wulff.

Alles Nähere die Plakate. Hochachtungsvoll Lorenz Wulff, Direktor.

Emil Kabath, Inhaber des Louis Stangen'schen Annoncen-Bureaus, Breslau, Carlsstr. 28,

befördert Inserate aller Art in sämt-liche hiesige und auswärtige Zeitungen täglich und zu Original-Preisen. Bei Inser-aten für mehrere Zeitungen bedarf es nur eines Manuscripts und wird auf Verlangen über jedes Inserat ein Belag geliefert.

Börse-Telegramme. Berlin, den 18. Januar 1870. (Wolf's telegr. Bureau.)

Table with market data for Berlin, including prices for various goods like flour, oil, and sugar.

Stettin, den 18. Januar 1870. (Marouse & Maass.)

Table with market data for Stettin, including prices for wheat, rye, and other commodities.

Börse zu Polen am 18. Januar 1870.

Posener 3 1/2 % alte Pfandbriefe - do 4 %, neue do. 8 1/2 % do. Rentenbriefe 8 1/2 % do. poln. Banknoten 7 1/2 % do. [Amtlicher Bericht.] Roggen [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Jan. 39 1/2, Jan.-Febr. 39 1/2, Frühjahr 40 1/2 - 40 1/2, April-Mai 40 1/2.

Produkten-Börse. Berlin, 17. Jan. Wind: NW. Barometer: 28°. Thermometer: 20° +.

Witterung: Regen. - Im Verlehe mit Roggen war es heute überaus still. Bei etwas erhöhten Fororderungen geriethen die Umsätze ins Stocken. Loko sind die Auerbötungen auch schwächer gewesen; Eigner fanden keinen bequemen Absatz. - Roggenmehl still. - Weizen bei ganz vereinzelten Abschlüssen fest. - Hafer loko hinreichend angeboten und kaum preishaltend. - Lezime loslos. - Rüböl etwas matter. Vermehrtes Angebot machte die Käufer zurückhaltender. - In Spiritus ist wesentlich nichts verändert, doch muß die Haltung als matt bezeichnet werden. - Gekündigt 20,000 Quart. Kündigungspreis 14 1/2 Rt. - Weizen loko pr. 2010 Pfd. 50-65 Rt nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat - April-Mai 58 Br., 57 Bd., April-Mai 58 1/2 Br., 58 Bd., Mai-Juni 59 1/2 Br., Roggen loko pr. 2000 Pfd 42 1/2 - 46 1/2 Br., per diesen Monat 43 1/2 Br., Jan.-Febr. - April-Mai 43 1/2 a 43 1/2 Bd., Mai-Juni 44 1/2 a 44 1/2 Bd., Juni-Juli 45 1/2 a 45 1/2 Bd. - Gerste loko pr. 1750 Pfd 34 45 Rt nach Qual. - Hafer loko pr. 1200 Pfd. 22-27 Rt. nach Qualität, 22 1/2 a 2 1/2 Br., per diesen Monat - März-April 25 Br., 24 1/2 Bd., April-Mai 25 1/2 Br., 25 Bd., Mai-Juni 25 1/2 Br., Juni-Juli 26 Br., - Erbsen pr. 2250 Pfd Roggenwaare 51 56 Rt nach Qual. Futterwaare 42-46 Rt. nach Qualität. - Leinöl loko 11 1/2 Rt. - Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 12 1/2 Rt., per diesen Monat 12 1/2 a 1 1/2 Br., Jan.-Febr. do., Febr.-März do., April-Mai 12 1/2 a 1 1/2 Br., Mai-Juni 12 1/2 a 1 1/2 Br., Juni-Juli 12 1/2 Br., Sept.-Okt. 11 1/2 Br. - Petroleum raffin (Standard white) pr. Gr. mit Faß: loko 8 1/2 Rt., per diesen Monat 8 1/2 Rt. Br., Jan.-Febr. 8 Bd., Febr.-März 7 1/2 Br., April-Mai 7 1/2 Br. - Spiritus pr. 8000 % loko ohne Faß 14 1/2 a 1 1/2 Br., loko mit Faß - per diesen Monat 14 1/2 Rt. Br., Br. u. Bd., Jan.-Febr. do., Febr.-März 14 1/2 Br., April-Mai 15 Br., Br. u. Bd., Mai-Juni 15 1/2 Br. u. Br., Juni-Juli 15 1/2 Br., Juli-August 15 1/2 Br., Aug.-Sept. 16 Br. - Weizen

Weizenmehl Nr. 0 4-3 1/2 Rt., Nr. 0 u. 1 3 1/2-3 1/2 Rt., Roggenmehl Nr. 0 3 1/2-3 Rt., Nr. 0 u. 1 3 1/2-2 1/2 Rt. pr. Ctr. unerkentert erll. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. Ctr. unerkentert inll. Sad; per diesen Monat 3 Rt. 5 Sgr. Br., Jan.-Febr. 3 Rt. 4 Sgr. Br., April-Mai 3 Rt. 4 Sgr. Br.

Stettin, 17. Jan. An der Börse. (Amlicher Bericht.) Wetter: regnig. + 3 R. Barometer: 28. 4. Wind: NO. — Weizen ziemlich unverändert, p. 2125 Pfd. loto gelber inländ. geringer 54-56 Rt., mittel 57-58 1/2 Rt., feiner 59-61 1/2 Rt., bunter poln. 55-58 Rt., 83/85 Pfd. gelber pr. Jan. 61 nom. pr. Frühjahr 6 1/2 bz, Br. u. Gd., Mai-Juni 6 1/2 bz, Br. u. Gd., Juni-Juli 6 1/2 bz, Br. u. Gd. — Roggen stille, p. 2000 Pfd. loto 75/77 Pfd. 39 1/2-41 Rt., 78/79 Pfd. 41 1/2-42 1/2 Rt., 80/81 Pfd. 43-43 1/2 Rt., 82/83 Pfd. 44-44 1/2 Rt., pr. Januar 43 Gd., Frühjahr 43 1/2 bz, Mai-Juni 44 Gd., Juni-Juli 45 Gd. — Gerste feiner, p. 1750 Pfd. loto geringe 33 1/2 bis 35 Rt., mittlere 36-37 Rt., feine 37 1/2-39 Rt., pr. Frühjahr 70 Pfd. pomm. 36 Gd. — Hafer fast geschäftlos, p. 1300 Pfd. loto preuß. 24 1/2-25 1/2 Rt., pomm. 26-26 1/2 Rt., 47/50 Pfd. Frühjahr 26 1/2 Gd., Br. u. Gd., Mai-Juni 27 Br. — Erbsen pr. Frühjahr Butter loto p. 2250 Pfd. 44-45 Rt., Rog. 46-47 1/2 Rt., pr. Frühjahr Butter 46 1/2 Br., 46 Gd. — Widen 43-46 Rt. — Wintererbsen pr. Sept.-Okt. 92 1/2 Rt. bz u. Gd. — Buchweizen loto 40-42 Rt. — Lupinen p. 2250 Pfd. feuchte blaue 33 1/2 Rt., trodne 37-38 Rt., gelbe do. 43-44 Rt. — Raps loto loto 2 1/2 Rt. bz u. Gd. — Rüböl feiner, loto 12 1/2 Rt. bz, Br. pr. Jan. 12 1/2 Br., Jan.-Febr. 12 1/2 Br., April-Mai 12 1/2 bz u. Br., Sept.-Okt. 11 1/2 Br., Gd. — Spiritus stille, loto ohne Sach 14 1/2 Rt. bz, pr. Jan.-Febr. 14 1/2 Rt. Br. u. Gd., Frühjahr 14 1/2 Br., Gd., Mai-Juni 15 Br., Juni-Juli 15 Gd. — Angekündet: nichts. — Regulirungspreise: Weizen 61 Rt., Roggen 43 Rt., Rüböl 12 1/2 Rt., Spiritus 14 1/2 Rt. — Petroleum loto 8 Rt. bz, pr. Jan. 8 Br., Febr. 7 1/2 bz, 7 1/2 Br.

Table with 3 columns: Cereal type (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen), Price (feine, mittlere, ord. Waare), and Unit (Sgr.).

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Bestimmung der Marktpreise für Raps und Rüben.

Breslau, 17. Jan. [Amlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rotte anhaltend begehrt, ordinär 11-12 1/2, mittel 13-14 1/2, fein 15-16, hochfein 16 1/2-17. Kleesaat, weiße sehr feine, ordinär 14-17, mittel 18-21, fein 23-25 hochfein 26-27. — Roggen (p. 2000 Pfd.) feiner, pr. Jan. u. Febr. 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., April-Mai 42 bz, Mai-Juni 42 1/2 Br., Juni-Juli 43 Gd. — Weizen pr. Jan. 56 Br. — Gerste pr. Jan. 42 Br. — Hafer pr. Jan. 40 Br., April-Mai 41 Gd. — Raps pr. Jan. 11 1/2 Br. — Rüböl höher, loto 12 1/2 Br., pr. Jan. u. Jan.-Febr. 12 1/2 Br., Febr.-März 12 1/2 Br., März-April 12 1/2 Br., April-Mai 12 1/2 bz, Mai-Juni 12 1/2 Br., Sept.-Okt. 11 1/2 Br. — Raps loto ruhiger, pr. Br. 66-70 Sgr. — Weizen loto pr. Ctr. 84-88 Sgr. — Spiritus wenig

Breslau, 17. Januar. Im gestrigen Privatverkehr waren bei äußerst flauer Stimmung sämtliche Spekulationswerte erheblich niedriger, heute war die Haltung der Börse ruhiger und wurden für die meisten Valours bessere Kurse erzielt. Per ult. fix: Rechte Ober-User 87 1/2 bez, Lombarden 136 1/2 bz u. Gd., Österreich. Währung 82 bez., Österreich. Kredit 141-40 1/2 bz, Italiener 55-54 1/2 bez. Offiziell gefündigt: 100 Ctr. Rapskuchen.

Berlin, 17. Januar. Die Börse war im gestrigen Privatverkehr auf auswärtige Notirungen zwar recht belebt, aber sehr stark wackelnd; heute lagen wieder bessere Wiener Kurse vor und war daher die Haltung besser, der Kursstand höher als gestern, aber doch meist noch niedriger, als am Sonnabend. Das Geschäft blieb aber beschränkt, die Spekulation unentschlossen.

Sonds- u. Aktienbörse.

Large table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details.

Geschäft, loto 13 1/2 Br., 13 1/2 Gd., pr. Jan. u. Jan.-Febr. 13 1/2 bz, April-Mai 14 1/2 Gd., Br. Juni-Juli 15 Br. — Sink ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission. (Brs. Hbls.-Bl.)

Telegraphische Börsenberichte.

Bromberg, 17. Jan. Bind: SD. Witterung: Schnee und Regen. Morgens 2° +. Mittags 2° +. Weizen 118-124 Pfd. 50-52 Thlr., 125-130 Pfd. 53-56 Thlr. — Roggen 87-88 Thlr. pr. 2000 Pfd. Seltengewicht. — Gerste 34-36 Thlr. pr. 1875 Pfd. — Erbsen 37-39 Thlr. Spiritus 14 1/2 Thlr.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 17. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluss der Börse fest. Kreditaktien 246 1/2, 1860er Loose 80 1/2, Staatsbahn 377 1/2, Lombarden 233 1/2, Galizier 227 1/2, Silberrente 57 1/2, Amerikaner 91 1/2.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details.

Meteorologische Beobachtungen zu Wosen.

Table with 5 columns: Datum, Stunde, Barometer 233 über der Höhe, Therm., Wind, Wolkenform.

Wasserstand der Warthe.

Wosen, am 17. Januar 1870, Vormittags 8 Uhr, 5 Fuß 10 Zoll 18.

Preis-Courant der Mühlen-Administration zu Bromberg vom 1. Januar 1870.

Table with 4 columns: Benennung der Fabrikate, Unverfeuert, pr. 100 Pfd., Verfeuert, pr. 100 Pfd., and other details.

Telegramme.

Paris, 18. Jan. Der gestrige Abend ist ohne jede erhebliche Aufregung verlaufen. Verschiedene Demonstrationen ohne Bedeutung fanden vor dem Palais Bourbon statt.